

ebh elternbrief

elternbund hessen e.V. mitdenken · mitwirken · mitentscheiden

Nr. 122 · April 2021 · Preis 2,50 Euro



...von Anfang an!

Vorwort <i>Von Klaus Wilmes-Groebel</i>	3
Thema: Demokratie lernen	4
Demokratiebildung in der Schule <i>Von Helmolt Rademacher</i>	5
Durch, über und für Kinderrechte lernen <i>Die Kita als Raum der Menschenrechts- und Demokratiebildung</i> <i>Von Hannah Abels</i>	7
Kinderrechte werden an der Modellschule sichtbar gelebt <i>Von Barbara Busch</i>	9
Partizipation und Kinderrechte sind kein Thema für „ruhige Zeiten“ <i>Von Jessica Jolene Pilz</i>	11
Kinderrechte umsetzen trotz/in der Pandemie <i>Von Christa Kaletsch</i>	12
Friedenserziehung durch nachhaltige Erinnerung <i>Gedenkstättenfahrten im Schulunterricht</i> <i>Von Daniel Hessing</i>	14
„Wir sind jetzt“ <i>Schulklassen im Jüdischen Museum Frankfurt</i> <i>Von Sophie Schmidt</i>	16
Schule ohne Rassismus <i>10 Fragen – 10 Antworten</i>	18
Gefahren im Netz: Cybermobbing und Fake News <i>Von den Digitalen Helden</i>	19
Pinnwand	22
Wir über uns	23
Die ebh-Elternratgeber	24

Liebe Leserinnen, liebe Leser,

endlich wieder ein ebh-elternbrief!
Die Corona-Pandemie hatte im letzten Jahr auch die Redaktion fest im Griff. Keine gemütliche Redaktionssitzung, eigentlich auch kein Thema außer Corona. Da die Informationen über Corona sich geradezu überschlagen haben, haben wir beschlossen unsere Mitglieder in Newslettern immer wieder aktuell auf dem Laufenden zu halten. Viel Zeit und Energie haben wir auch in Pressemitteilungen investiert, weil u. E. die Interessen der Kinder und Familien zeitweise kaum wahrgenommen wurden.

Jetzt aber ist es wieder Zeit für einen ebh-elternbrief, in dem ein Thema vertiefend dargestellt wird. Wir haben uns für das Thema „Demokratie lernen“ entschieden. Aus welchen Gründen, das haben wir in einem redaktionellen Vorwort auf Seite 4 ausführlich dargelegt.

Dieser ebh-elternbrief erscheint als digitale Ausgabe, denn Corona hat den elternbund auch finanziell einiges gekostet. Wir hoffen sehr, dass wir Ihnen die nächste Ausgabe mit dem Thema „Digitalisierung in Schule“ wieder als Print-Ausgabe zuschicken können.

Wir hoffen, die Beiträge finden Ihr Interesse und freuen uns auf Rückmeldungen.

Mit freundlichen Grüßen

Ihre Redaktion

.....

Impressum

elternbrief 122 · April 2021 · Digitalausgabe

Herausgeber: elternbund hessen e.V.

Oeder Weg 56 · 60318 Frankfurt

Telefon: 069 553879 · Fax: 069 5962695

E-Mail: info@elternbund-hessen.de

Internet: www.elternbund-hessen.de

IBAN: DE 45 5001 0060 0415 7306 04

BIC: PBNKDEFFXXX · Postbank Frankfurt

Redaktion: Hannah de Graauw-Rusch,

Klaus Wilmes-Groebel (verantw.)

Layout und Digitaldatei:

GDF Studio Albert Wiedenmann, Frankfurt

gdfstudio@t-online.de

elternbrief-Bezug im Mitgliedsbeitrag enthalten



Ein Jahr Corona und was man daraus (nicht) gelernt hat

Von Klaus Wilmes-Groebel

Liebe Eltern, liebe Mitglieder des elternbund hessen, als erstes und aus gegebenem Anlass möchte ich Ihnen und Ihren Familien wünschen: bleiben Sie gesund!

Corona verfolgt uns seit nunmehr über einem Jahr. Unsere Aktivitäten als Vorstand standen fast komplett unter der Überschrift „Covid-19“. Nie waren Eltern und Kinder unmittelbarer von der Schulpolitik unserer Landesregierung betroffen: Homeschooling, geschlossene Betreuungseinrichtungen, Eltern im Homeoffice.

Alle Schwächen unseres Schulsystems zeigen sich wie unter einem Vergrößerungsglas:

- Eine hohe Prozentzahl von Schüler*innen werden besonders benachteiligt (dagegen kämpfen wir seit 40 Jahren!). Vor allem Kinder und Jugendliche, die in sozial schwachen Verhältnissen leben: kleine Wohnungen und kleine Portemonnaies, große Familien. Homeschooling war unter diesen Umständen nicht möglich, viele dieser Kinder haben den Anschluss verloren.
- Homeoffice der Eltern und Homeschooling für die Kids gehen nicht zusammen, Eltern können Lehrer*innen nicht ersetzen. Das führt zu einer Überforderung aller an Schule Beteiligten.
- Die Defizite in der Aus- und Weiterbildung unserer Lehrkräfte (besonders bezogen auf die Digitalisierung und die Nutzung von digitalen Medien im Unterricht) dokumentierte sich in der oft schwachen Qualität des digitalen und hybriden Unterrichts.

- Der erbärmliche Zustand der technischen Digitalisierung in Hessen kommt immer mehr glas (-faser-)klar zum Vorschein. Es fehlen iPads, Laptops, WLAN-Anschlüsse, Leitungen und der dazu gehörenden Service.
- Besonders betroffen sind die Kinder mit sonderpädagogischem Unterstützungsbedarf, deren Förderung fast völlig zum Erliegen kam.
- Der miserable Zustand der Schulgebäude und deren Ausstattung verschlimmerte das alles noch: kleine Klassenräume, uralte sanitäre Anlagen, Fenster die sich nicht öffnen lassen, fehlende Luftfilter, usw.

Es gab also viele Erkenntnisse im letzten Jahr für die Schulpolitik, anders formuliert: Es gab viel zu lernen. Unsere Hauptkritik an die Landesregierung: Es wurde nicht in ausreichendem Maße gelernt. In den dritten Lockdown sind wir ähnlich konzeptionslos hineinstolpert wie in den zweiten. Der schloss sich ohne neuen Plan an den ersten an.

Es wenden sich viel mehr Eltern an uns als zu irgendeinem Zeitpunkt in den letzten Jahren. Wir sind beständig auf dem Tapet und verstärken die Forderungen vieler Eltern nach klareren und entschlosseneren Maßnahmen der Landesregierungen.

Einige unserer Forderungen und Aktionen der letzten Wochen:

- Schulen und Kindertagesstätten offenhalten, aber Covid-adäquat. D. h. Gebäude anpassen, damit die Hygieneregeln eingehalten werden können und zweimal

wöchentlich Pflichttests für alle, unterstützt durch ausgebildetes Personal.

- Sobald die Schüler*innen wieder im Präsenzunterricht sind, müssen Lernstandserhebungen durchgeführt und anschließend individuelle Förderpläne für jedes Kind entwickelt werden. Zusätzliches pädagogisches Personal muss den Schüler*innen helfen, damit sie ihre Lerndefizite nachholen können. Sitzenbleiben muss in diesem Schuljahr nochmal ausgesetzt werden.
- Die Mitwirkungsrechte von Eltern und Schüler*innen müssen wieder in vollem Umfang beachtet werden, sie wurden im letzten Jahr weitgehend ignoriert.

Der elternbund hessen hat in zahllosen Presseerklärungen und mit seiner Petition „Kein Kind zurücklassen. 10 Vorschläge für den Schulanfang nach Corona“ von vielen Seiten Unterstützung für seine Forderungen erhalten. Auf facebook läuft unsere Aktion „Covid-sichere Kitas und Schulen jetzt“.

Wir bitten auch Sie unsere Forderungen zu unterstützen: Teilen Sie unsere Aktion auf facebook, werden Sie Mitglied oder unterstützen Sie den elternbund hessen e. V. mit einer Spende. Wir arbeiten weitestgehend ehrenamtlich, aber unser Einsatz hat auch eine materielle Seite!

**Mit freundlichen Grüßen
elternbund hessen e.V.
Klaus Wilmes-Groebel
Vorsitzender**

Thema: Demokratie lernen



Ereignisse der letzten Zeit haben den ebh-Vorstand und uns als Redaktion sehr nachdenklich gemacht: Eine Zunahme von Morden und Anschlägen aus rassistischen und fremdenfeindlichen Motiven, wie die NSU-Morde, der politische Mord an Walter Lübcke, der Anschlag in Hanau mit neun Opfern. Auch der offene Antisemitismus nimmt zu. Denken Sie z. B. an den Anschlag auf die Synagoge in Halle und die Angriffe auf Kippa-Träger.

Sehr beunruhigend war für uns die Aussage von Michel Friedmann, der in seiner Rede vor dem Landtag Wiesbaden anlässlich des Gedenktags der Befreiung von Auschwitz am 27. Januar 2021 sagte: „Die Hälfte der jungen Menschen wissen nicht, was in Auschwitz geschehen ist.“ Ist es das, was sich bei den sogenannten „Querdenker“-Demonstrationen zeigt? Teilnehmer*innen tragen den gelben Judenstern, eine junge Frau, die sich „Jana aus Kassel“ nennt, vergleicht sich mit Sophie Scholl, eine andere Teilnehmerin mit Anne Frank. Die Bundesrepublik wird als „Diktatur“ und „KZ“ bezeichnet und ein AfD-Politiker hat die Chuzpe in einem in der Gedenkstätte Mauthausen aufgenommenen Video den Corona-Impfstoff mit Zyklon B zu vergleichen. (Immerhin wird er daraufhin sofort aus der Partei ausgeschlossen.) Es geht nicht darum, dass die Deutschen von heute Schuld sind am Holocaust, aber dieses Unrecht darf niemals vergessen werden.

Esther Bejarano, Auschwitz-Überlebende und Zeitzeugin, formulierte es am 27. Januar 2021 zum 76. Gedenktag der Befreiung von Auschwitz in einer Botschaft an die jungen Menschen so: „Ihr seid nicht schuldig für das, was damals geschehen ist, sage ich. Aber Ihr macht Euch schuldig, wenn Ihr nichts von dieser Geschichte wissen wollt. Was in den Gaskammern endete, begann mit Repression, Ausgrenzung, Rassismus. Das kennen viel der Jungen. Oft höre ich dann: ‘Frau Bejarano, auch wenn Sie einmal nicht mehr da

sind, wir werden Ihre Geschichte immer weiter erzählen.’ Das ist meine große Hoffnung.“ (Quelle: Tagesthemen, 27. Januar 2021, zu sehen auf youtube.com)

Ein Mangel an Demokratie-Verständnis ist auch daran abzulesen, dass eine rechtspopulistische Partei, die die Demokratie in Frage stellt, inzwischen in allen Parlamenten sitzt und dass der Ton der demokratischen Auseinandersetzung immer menschenverachtender wird. Mobbing nimmt zu, vor allem in den sozialen Medien und die Rolle von Polizei und Verfassungsschutz wirft Fragen auf.

Hat Bildung versagt? Wird in den Schulen nicht ausreichend vermittelt, was Demokratie bedeutet? Wird nicht gelernt, dass Konflikte zum Alltag gehören und dass es Wege gibt, diese friedlich zu lösen? Hat man vergessen, dass Toleranz gegenüber „Fremdem und Fremden“ ein wichtiger Pfeiler unserer Gesellschaft ist?

Was muss in unseren Bildungseinrichtungen geschehen? Diese Fragen möchten wir in diesem elternbrief beleuchten. Helmolt Rademacher weist in seinem Beitrag darauf hin, dass Schule ein großes Potential bietet für das praktische Lernen von Demokratie. Ja, sogar im Kindergarten kann (muss) es anfangen: Kinder müssen ihre Rechte kennen und vertreten lernen. Deshalb freuen wir uns über den Beitrag von Hannah Abels (Makista) zu Kinderrechten in der Kita. Und dann muss es weiter gehen: Das Beispiel der Albert-Schweitzer-Schule, einer Grundschule in Langen zeigt, wie Demokratie in einer Grundschule sichtbar gestaltet sein kann. Zu einzelnen Bereichen wie Rassismus, Antisemitismus, Fremdenfeindlichkeit stellen wir Ihnen Projekte vor. Moderne Medien bieten anti-demokratischen Aktionen neue Möglichkeiten: Cybermobbing ist eine sehr üble Form von Mobbing und die Menge an Fake-News im Netz erschwert die demokratische Auseinandersetzung.

Und was war mit der Demokratie in der Schule während der Corona-Pandemie? Der elternbund hessen hat schon frühzeitig darauf hingewiesen, dass Elternrecht und Elternmitwirkung während des Lockdowns nicht außer Kraft gesetzt sind.

In diesem ebh-elternbrief finden Sie eine Fülle von Beiträgen zu diesen verschiedenen Themenbereichen. Wir bedanken uns bei allen Autor*innen und hoffen, dass auch für Ihren schulischen Alltag Ideen und Anregungen dabei sind.

Redaktion ebh-elternbrief
Hannah de Graauw-Rusch

Vor einigen Monaten ist der elternbund hessen e. V. dem „Bündnis Demokratiebildung nachhaltig gestalten“ beigetreten. Das Bündnis hat sich – angesichts rassistischer Morde und der Zunahme von Rechtspopulismus und -extremismus – die Aufgabe gesetzt, demokratische Bildungsarbeit zu vernetzen,

Aktionen für Kinderrechte zu organisieren und Möglichkeiten der gemeinsamen Qualifizierung von Multiplikator*innen zu eruieren. Im Zentrum steht die Bemühung, die Themenfelder politische Bildung, historisches und globales Lernen und Demokratielernen und Kinderrechtsbildung zusammen zu denken. 2021 wird das Bündnis die Aktivitäten bei der Verbreitung der Kinderrechte unterstützen. Informationen im Internet: www.makista.de

Ansprechperson ist Helmolt Rademacher: helmolt.rademacher@degede.de

Demokratiebildung in der Schule

Von Helmolt Rademacher



Demokratie ist nicht für immer gegeben, sie kann nicht genetisch vererbt werden, sie wird immer wieder in Frage gestellt und ist damit bedroht. Tag für Tag gibt es Hass und Hetze im Netz, werden Falschinformationen verbreitet, gibt es Verschwörungstheorien nicht nur im Kontext der Corona-Pandemie. Rechtsextremisten und Rechtspopulisten greifen die Werte unserer Verfassung an, indem sie die Verbrechen des NS-Staats relativieren und die Würde von Geflüchteten und Migrant*innen angreifen. Die Gefährdung der Demokratie zeigt sich am extremsten an den rassistischen Morden im Februar 2020 in Hanau, dem Anschlag auf die Synagoge in Halle 2019, dem islamistischen Mord an dem Lehrer Paty in Frankreich und dem rechtsextremen Mord an Dr. Walter Lübcke.

All diese Entwicklungen und Ereignisse wirken auch auf Schule. Auch hier gibt es Rassismus und Antisemitismus, werden Schüler*innen ausgegrenzt und gemobbt. Und in Zeiten von Corona werden Schüler*innen nicht gehört und Formen der Beteiligung wie der Klassenrat werden ausgesetzt oder waren schon vorher nicht vorhanden. Kinder und Jugendliche haben in hohem Maße beklagt, dass ihre Ideen im Umgang mit der Pandemie nicht gefragt wurden. „In einer bundesweiten Studie der Stiftungs-Universität Hildesheim und der Universität Frankfurt zu ‚Erfahrungen und Perspektiven von jungen Menschen während der Corona-Maßnahmen‘ beklagen sich viele Befragte, dass es in dieser Zeit nur darum gegangen sei Stoff zu lernen. Ihre Expertise und Lösungskompetenz sei nicht wahrgenommen und entsprechend abgerufen worden und ihre Sorgen und Nöte wurden einfach nicht gesehen.“ (FR, 25.07.2020) Die UN-Kinderrechtskonvention, die seit 2010 in Deutschland vollumfänglich gilt, sieht neben dem Förderungs- und Schutzrecht auch das Recht auf Beteiligung vor. „Demokratie ist einerseits Verfassungsgebot und andererseits Erziehungsziel in allen Schulgesetzen der Republik“ (Edelstein, 2014, S. 136).

Nicht nur daraus ist abzuleiten, dass das Demokratielernen in der Schule einen hohen Stellenwert haben müsste.

Demokratie als Lebens-, Gesellschafts- und Herrschaftsform

Gesellschaftslehre in Gesamtschulen und Politik und Wirtschaft in Gymnasien sind zwar gesetzte Fächer, aber Unterricht über demokratische Strukturen und Institutionen genügen nicht, um jungen Menschen die Demokratie und ihre Vorzüge nahe zu bringen und sie zu aktiven Mitgestaltern in dieser zu machen. Der Politikdidaktiker Gerhard Himmelmann spricht daher von Demokratie als Lebens-, Gesellschafts- und Herrschaftsform. Mit „Lebensform“ ist gemeint, dass Demokratie von klein auf, d. h. schon in der Familie und im Kindergarten gelernt und aktiv gelebt werden kann. Das kann in Form von Gesprächsrunden erfolgen, indem Kinder ihre Interessen und Wünsche äußern. In der Schule kann es in Form eines Klassenrats umgesetzt werden, d. h. einer wöchentlichen Stunde, die von den Schüler*innen eigenständig geleitet wird und in der alle Angelegenheiten der Klasse besprochen und gemeinsam Beschlüsse gefasst werden. Dabei wird nicht nur gelernt, eine Stunde gut zu strukturieren und zu moderieren. Auch ist es ein gutes Übungsfeld Argumente abzuwägen, gut zuzuhören und sich in andere hineinzuversetzen und damit Empathie zu entwickeln. Und es geht nicht nur um Abstimmungen, sondern auch darum Lösungen zu finden, die Minderheiten und ihre Interessen und Anliegen in der Klasse mit zu berücksichtigen. Zur Lebensform gehört auch eine aktive Schülervertretung in der Schulgemeinde, wobei die Anliegen der Schüler*innen ernst genommen und wo immer möglich umgesetzt werden. In der Realität ist es leider oft so, dass Institutionen wie der Klassenrat und die Schülervertretung nicht existieren bzw. nicht wirklich aktiv sind und von den Erwachsenen nicht entsprechend unterstützt und mit Aufmerksamkeit bedacht werden.

Mit Demokratie als „Gesellschaftsform“ ist gemeint, dass sich eine Schule aktiv in die Gesellschaft einbringt, beispielsweise durch Beteiligung an einem Kinder- und Jugendparlament, bei ökologischen Projekten oder bei der Gestaltung eines Jugendhauses. Zu diesem Bereich gehört auch Lernen durch Engagement, d. h. beispielsweise regelmäßige Stunden pro Woche, bei der Jugendliche in Altenheimen, bei Sportvereinen oder lokalen Radios mitwirken und sich so in ihrem Umfeld engagieren und aufkommende Fragen auch in Hinblick auf ihre gesellschaftspolitische Relevanz in der Schule reflektieren.

Demokratie als „Herrschaftsform“ ist nicht nur die Kenntnis der demokratischen Strukturen, also was im klassischen Politikunterricht gelernt wird. Hierzu gehört auch die Einnischung in Politik wie es die weltweite Bewegung *Fridays for Future* erfolgreich tut. Auch die Einwirkung auf Politiker*innen und Parlamente bei regionalen Verkehrsprojekten kann dazu gehören. Schüler*innen aus Bremen haben sich zudem erfolgreich für die doppelte Staatsbürgerschaft engagiert oder haben auf Gesetzgebungsverfahren im Bremer Senat in Hinblick auf Asylsuchende Einfluss genommen (vgl. Stein, 2016).

Das Feld des Demokratielernens ist recht groß. Es ist nicht nur auf einzelne Fächer oder Projekte beschränkt, sondern kann seinen Platz in jedem Unterricht finden. Entscheidend ist hier die Haltung der Lehrkräfte: Achte ich darauf, dass ich Anliegen, Ideen und Kritik der Schüler*innen u. a. durch regelmäßiges Feedback die entsprechende Aufmerksamkeit schenke? Kenne ich die Grundsätze der UN-Kinderrechtskonvention und biete ich den Schüler*innen genügend Schutz, Förderung und Beteiligungsmöglichkeiten? Reflektiere ich mein Verhalten, ob ich meine Grundsätze auch lebe, denn niemand ist perfekt?

Demokratielernen als Teil eines Schulentwicklungsprozesses

Erfolgreich ist Demokratielernen dann, wenn es Teil eines Schulentwicklungsprozesses ist. Denn einmal geschaffene Strukturen wie der Klassenrat oder Programme zum sozialen Lernen sind nicht auf Dauer vorhanden. Durch den Wechsel von Schulleitungen und Lehrkräften können demokratische Initiativen einschlafen, indem sie nicht mehr konsequent umgesetzt werden oder Schülervertretungen verkommen zu ritualisierten leeren Hüllen ohne wirkliche Bedeutung im Schulleben. Daher ist es wichtig ständige Strukturen zu schaffen, die all das was eine demokratieförderliche Schule ausmacht am Leben erhalten. Dies kann durch kontinuierlich arbeitende Steuergruppen erfolgen. Daran können idealerweise alle in einer Schule beteiligt werden, d. h. die Schulleitung, die Lehrkräfte, die Schulsozialarbeiter*innen, die Eltern und die Schülerschaft. Bei demokratischer Schulentwicklung handelt es sich um einen immerwährenden Prozess, denn die Veränderung und Weiterentwicklung einer Schule hört nie auf.

Um diese Prozesse in Schulen zu unterstützen gibt es in Hessen vom Projekt Gewaltprävention und Demokratielernen (GuD) (www.gud.bildung.hessen.de) sogenannte Prozessentwicklungsgruppen (PEG), in denen je zwei Vertreter*innen einer Schule sich kontinuierlich zweimal jährlich austauschen und somit immer wieder Impulse in ihre Schulen tragen. Aktuell konnten diese Gruppen wegen der Corona-Pandemie nur virtuell tagen, zukünftig soll es wieder reale

Treffen geben, denn die wechselseitige Unterstützung lebt von der realen Begegnung.

In Zeiten der Pandemie sind einerseits viele demokratiepädagogische Aktivitäten zum Erliegen gekommen, weil sich Schule meist nur auf die Vermittlung von Mathe, Deutsch, Englisch konzentriert hat. Andererseits hat es einige Lehrkräfte gegeben, die sehr kreativ virtuelle Projekte entwickelt haben, die durch demokratische Lernformen die Ideen der Kinderrechte verwirklichen.

Eine Unterstützung für Schulen bietet dabei auch das Projekt „Zusammenleben neu gestalten“ der Deutschen Gesellschaft für Demokratiepädagogik – DeGeDe – Landesverband Hessen (www.degede.de/project/zusammenleben-neu-gestalten) an. Hier wurden beispielsweise aktuelle Materialien entwickelt wie: „Die Corona-Krise als Herausforderung für Demokratie und Menschenrechtsbildung“. Der Verein Makista entwickelte eine Broschüre: „Jetzt erst recht. Kinderrechte umsetzen trotz in der Pandemie. Impulse und Methoden für die pädagogische Praxis“ (www.makista.de), siehe auch Seite 13.

Was Elternvertreter*innen tun können

Was können Elternvertreter*innen tun, um Demokratielernen in der Schule zu unterstützen? Sie können sich an die Schulleitung und die Lehrerschaft ihrer Schule wenden und nachfragen wie solches Lernen während und nach der Pandemie gestaltet wird. Sie können Anre-

gungen geben wie beispielsweise die Einrichtung von Klassenräten oder die Vermittlung der Kinderrechte. Sie können auf Unterstützungsangebote von GuD, DeGeDe und Makista hinweisen.

Die Schule ist die Institution, die mehr oder weniger alle Kinder und Jugendliche durchlaufen. Sie bietet damit ein großes Potential für das praktische Lernen von Demokratie auf den oben genannten drei Ebenen.

Helmolt Rademacher, Lehrer, Lehrerausbilder, Dipl. Päd., war bis 2017 Leiter des Projekts Gewaltprävention und Demokratielernen beim Hessischen Kultusministerium. Seit 2018 ist er Co-Vorsitzender des hessischen Landesverbands der Deutschen Gesellschaft für Demokratiepädagogik – DeGeDe.

Quellen:

Edelstein, Wolfgang (2014): *Demokratiepädagogik und Schulreform*, Schwalbach/Ts.
FR 25./26.7.2020: *Schule der Demokratie – In Corona-Zeiten ist digitales Lernen in den Mittelpunkt gerückt. Aber die Wertevermittlung gerät in Gefahr*. Gastbeitrag von Christa Kaletsch und Helmolt Rademacher, Stein, Hans-Wolfram (2016): *Demokratisch handeln im Politikunterricht. Projekte zur Demokratie als Herrschaftsform*, Schwalbach/Ts.

Bitte ausdrucken und Ihrer Steuererklärung zusammen mit dem Abbuchungsbeleg beifügen

Betrifft Steuererklärung für 2020

Anlage für die Steuererklärung für das Finanzamt in Verbindung mit der Abbuchung des Mitgliedsbeitrages 2020 auf dem Bankauszug elternbund hessen e. V., Oeder Weg 56, 60318 Frankfurt am Main.

Bestätigung über Zuwendungen im Sinne des § 10 b des Einkommenssteuergesetzes an eine der in § 5 Abs. 1 Nr. 9 des Körperschaftgesetzes bezeichneten Körperschaften, Personenvereinigungen oder Vermögensmassen. Art der Zuwendung: Mitgliedsbeitrag 2020. Wir sind wegen der Förderung der Erziehung und der Förderung der Volks- und Berufsbildung einschließlich der Studienhilfe nach dem letzten uns zugegangenen Freistellungsbescheid des Finanzamt Frankfurt am Main III StNr. 45 250 88557 nach § 5 Abs. 1 Nr. 9 des Körperschaftgesetzes von der Körperschaftssteuer befreit. Es wird bestätigt, dass die Zuwendung nur zur Förderung der Erziehung oder der Förderung der Volks- und Berufsbildung einschließlich der Studienhilfe (im Sinne der Anlage 1 zu § 48 Abs. 2 Einkommenssteuer-Durchführungsverordnung Abschnitt A Nr. 4) verwendet wird.

gez. Susanne Gärtner-Koske, Schatzmeisterin des elternbund hessen e. V., Dez. 2020



Durch, über und für Kinderrechte lernen

Kita als Raum der Menschenrechts- und Demokratiebildung

Von Hannah Abels

„Wie wollen wir denn jetzt die Wasserbomben werfen?“ „Alle nacheinander, und ich darf anfangen!“ „Nee, das ist doof, dann müssen die letzten so lange warten.“ „Ok, dann immer zwei gleichzeitig, das geht schneller.“ „Ja gut, dann spritzt auch mehr Wasser!“ „Und wer fängt an?“...

Ein Gespräch unter Fünfjährigen, vormittags auf einem Hanauer Spielplatz. Es sind die letzten Vorbereitungen zur Schiffstaupe von „Alice I.“, eines kleinen Holzbootes, das von jetzt an auf großen, roten Federn hier wippen wird. Dass es hier steht, ist Kindern der Kita Alice Salomon zu verdanken, die mit ihren Erzieher*innen Spielplätze in der Umgebung besucht hatten, um festzustellen, ob alles so ist, wie sie es sich wünschen. Und hier wussten die Kinder gleich, was sie verbessern wollen: Ein Spielgerät sollte her, das auch Jüngere nutzen können. Den Vorschlag unterbreiteten sie dem Hanauer Kinder- und Jugendbüro, wo er dann in Abstimmung mit ihnen umgesetzt wurde. Und nun steht es da: das neue Federboot „Alice I.“



Schiffstaupe von „ALICE I“

Dieses Beispiel verdeutlicht einiges über die Voraussetzungen von Kinderrechts- und Demokratiebildung in Kin-

dertagesstätten einerseits und ihre kurz- und langfristigen Effekte andererseits. Es hat sich mittlerweile zum Glück überall herumgesprochen – und ist auch im Hessischen Bildungs- und Erziehungsplan verankert – dass Kindertageseinrichtungen nicht bloße „Bewahranstalten“ sind und ihre Aufgabe sich nicht in Sorgearbeit erschöpft (auch, wenn diese natürlich gleichermaßen wichtig ist). Kita soll als Bildungseinrichtung in einem umfänglichen Sinne nicht nur „fit machen“ für den möglichst erfolgreichen Schulbesuch, sondern vor allem den Grundstein legen für die Entwicklung der Kinder im Sinne einer demokratischen, offenen und vielfältigen Gesellschaft mit Menschenrechten als Wertegrundlage. Demokratiepädagogik und die Umsetzung von Kinderrechten sind ein Kriterium, an dem sich die Qualität von Einrichtungen frühkindlicher Bildung messen lassen kann und muss.

Drei Lernebenen

Bei der Entwicklung einer Kita im Sinne der Kinderrechte bietet sich die Arbeit auf drei von der UN-Erklärung über Menschenrechtsbildung vorgeschlagenen Lernebenen an, die als Modell

von drei aufeinander aufbauenden Stufen zu verstehen sind: Lernen *durch, über und für* die Menschen- bzw. Kinderrechte.

Lernen durch Kinderrechte

Das „*durch*“ bedeutet, dass Kinderrechte gelernt bzw. erlebt werden, wenn ein Kind in einem Umfeld aufwächst, in dem seine Rechte und ihre Grundprinzipien geachtet werden, in einer „*Kultur der Kinderrechte*“. Diese erste und grundlegende Stufe ist in den meisten Kindertagesstätten bereits gelebter Alltag. Im Regelfall wird auf eine

zugewandte und respektvolle pädagogische Haltung geachtet. Es kann aber unterstützend sein, die Kinderrechte als Kompass für Abwägungen in Entscheidungssituationen, den Umgang mit Konflikten oder Empfehlungen an die Familien der Kinder bewusst einzubeziehen. Für viele der Kitas, die der Verein *Makista* im Rahmen des Projektes „*Kleine Worte – Große Wirkung!*“ (2017 bis 2019) bei der Entwicklung zu „*Häusern der Kinderrechte*“ unterstützte, stand ein Prozess der Selbstbeobachtung am Beginn ihrer Arbeit. Sie überprüften, wo die Grundprinzipien der UN-Kinderrechtskonvention – Schutz, Gleichheit, Förderung und Partizipation – in ihrer Einrichtung bereits implizit umgesetzt sind: Auf der strukturellen Ebene, z. B. durch die Verfügbarkeit von „*Ruhezonen*“ als geschützte Bereiche, oder die Möglichkeit für die Kinder, den Platz zum Spielen innerhalb der Kita frei zu wählen. Oder dadurch, dass die Auswahl der Bücher in der Einrichtung gesellschaftliche Vielfalt abbildet, statt Klischees zu reproduzieren. Aber auch ihr persönliches Verhalten reflektierten die Erzieher*innen durch die „*Kinderrechtebrille*“, etwa in einem Alltagsbuch. Diese Verknüpfung mit Kinderrechten und deren Verankerung im pädagogischen Konzept wurde von den Fachkräften als sehr hilfreich erlebt, auch für die Zusammenarbeit im Team oder mit den Eltern.

Bei der Begleitung von Kindern unter drei Jahren ist die Umsetzung von Kinderrechten auf der Ebene des „*Lernens durch*“ besonders entscheidend. Kinder in diesem Alter begreifen die Welt um sich herum und die Regeln, die dort gelten, noch nicht primär durch Worte, in denen sie erklärt wird. Sie erleben ein Wertesystem dadurch, dass bestimmte Abläufe, Rituale, Umgangsformen sich verlässlich wiederholen. Dabei haben sie schon früh ein Gespür dafür, ob etwas für alle oder nur für manche, ob es immer oder unregelmäßig gilt und von

allen Erwachsenen gleichermaßen oder nur von einigen so gehandhabt wird. Je beständiger die Erwachsenen in der Kita (aber natürlich auch zuhause) gemeinsamen Werten folgen, desto leichter fällt es Kindern, selbst einen „inneren Kompass“ zu entwickeln, auch ohne schon Worte dafür zu haben.

Lernen über Kinderrechte

Die zweite Ebene, das Lernen „über“, bezieht sich auf das kognitive Wissen über Kinderrechte und das Verstehen ihrer Bedeutung für das eigene Leben. Diese Bildungsstufe umfasst den ausdrücklichen Bezug auf Kinderrechte bzw. deren Benennung, auch den Kindern selbst gegenüber. Das setzt auf Seiten der pädagogischen Fachkräfte ein sicheres und tiefes Verständnis voraus. Die UN-Kinderrechtskonvention verpflichtet in Artikel 42 dazu, Kinder über ihre Rechte zu informieren. „Die Vertragsstaaten verpflichten sich, die Grundsätze und Bestimmungen dieses Übereinkommens durch geeignete und wirksame Maßnahmen bei Erwachsenen und auch bei Kindern allgemein bekannt zu machen“, heißt es dort. Geeignet bedeutet: altersentsprechend, alltagsnah und empowernd.

Zurück auf den Hanauer Spielplatz und die Kinder der Kita Alice Salomon: Hier wurde die Spielplatzbegehung explizit mit dem Recht auf Spiel, Freizeit und Erholung verbunden und die Kinder in ihrem eigenen Interesse einer schönen Spielumgebung angesprochen. So konnten sie begreifen, was dieses Recht bedeutet – auf bestärkende Weise in einem gemeinsamen, kreativen Projekt, das etwas Neues schuf und Spuren im Stadtbild hinterließ.

Auch in den Materialien für Kinder ab dem Vorschulalter, die im Rahmen von „Kleine Worte – Große Wirkung!“ entstanden, haben wir versucht, diesem Grundsatz folgend Formulierungen für zehn wichtige Rechtsbereiche der UN-Konvention zu finden, die verständlich sind und an Erfahrungen anknüpfen, die die Kinder (bestenfalls) im Kitaalltag machen: Denn natürlich ist „das Recht auf Privatleben“ einfacher zu verstehen, wenn man erlebt hat, dass andere Kinder oder Erwachsene nicht ungefragt im Ausflugsrucksack wühlen oder den Portfolio-Ordner aus dem Regal ziehen dürfen.

Wie wichtig es ist, dass die Kinder über ihre Rechte informiert sind und wissen, dass deren Einhaltung nicht nur vom „good will“ einzelner, wohlmeinender Erwachsenen abhängen darf, zeigt sich häufig beim Übergang von der Kita in die Schule. Christa Kaletsch und Jasmine Gebhard von Makista schreiben dazu in ihrem 2020 erschienenen Buch „Kinderrechte in der Kita“: „Möglichkeiten, für sich und andere Verantwortung zu übernehmen, sich umsichtig in die Entscheidungsfindung einzubringen und demokratisches Handeln zu erproben, gibt es in der Kita viele. [...] Es ist nicht selten, dass Kinder, die von der Kita in die Grundschule wechseln, bereits Erfahrungen als Gruppensprecher*innen oder gar Kita-Sprecher*in gemacht haben. Die meisten Kinder sind mit Morgen- und Sitzkreisen vertraut und haben wichtige Verfahren der Entscheidungsfindung in der Kinderkonferenz erlernt.“



Wer mit diesem Erfahrungsschatz aus der Kita in die Grundschule wechselt, kann leicht in die Arbeit mit dem Klassenrat einsteigen. Wer als Kita-Sprecher*in tätig war, wundert sich sicher, wenn es in der ersten Klasse keine Klassensprecher*in gibt.“ Kinder, die wissen, dass die in der Kita wöchentlich stattfindende „KiKo“ die Umsetzung eines Rechts darstellt, werden sich als Schulkinder viel eher an die Klassenleitung wenden und einfordern, auch weiter an Entscheidungen beteiligt zu werden.

Lernen für Kinderrechte

Die Kinder darin zu bestärken, als Eltern oder pädagogische Fachkraft,

entspricht der dritten Stufe der Kinderrechtsbildung: dem Lernen „für“ Kinderrechte, also einer Erfahrung des persönlichen Einsatzes, das Starkmachen dafür, dass sie für alle Kinder eingehalten werden, im Großen, aber auch im Kleinen und Alltäglichen. Dabei sind auch schon sehr junge Kinder in der Lage, nicht nur die eigenen Bedürfnisse in den Vordergrund zu stellen, sondern die Universalität der Kinderrechte „für alle“ zu verstehen. Die Gruppe, die sich für den Bau von Alice I. eingesetzt hatte, wollte beispielsweise kein Spielgerät nur für ihre Altersgruppe, sondern wünschte sich etwas, das auch kleinere Kinder benutzen können, damit dort auch ihre Geschwister und die U3-Kinder aus der Kita Spaß haben. Und sie trafen mit ihrem Engagement auf offene Ohren seitens der Stadtverwaltung. Eine solche Vernetzung von Betreuungseinrichtungen und lokalen Strukturen ist ein besonders günstiger Nährboden dafür, Kinderrechte über die vier Wände der Kita hinaus erfahrbar zu machen. Das kann auch jungen Kindern wichtige, prägende Erlebnisse bereiten.

Hannah Abels ist seit 2017 Bildungsreferentin bei Makista e.V.. Zusammen mit Expert*innen aus verschiedenen Praxisfeldern erarbeitete sie den Kinderrechtebaukasten KLEINE WORTE - GROSSE WIRKUNG" mit Materialien für die frühkindliche Bildung. Seit 2020 arbeitet sie im Projekt „KindGeRecht“ mit unterschiedlichen Institutionen am Ziel einer gemeinsamen, ganzheitlichen Umsetzung von Kinderrechten in Kommunen.

Makista e.V. engagiert sich für die Verwirklichung der Kinderrechte in Bildungseinrichtungen, bietet Trainings- und Beratung an, initiiert Projekte, stellt Praxis-Materialien zur Verfügung und trägt zur lokalen und bundesweiten Vernetzung bei. Mehr Infos unter: www.makista.de

MAKISTA
—
Bildung für
Kinderrechte &
Demokratie

Kinderrechte werden an der Modellschule sichtbar gelebt

Von Barbara Busch



Demokratielernen hat an der Albert-Schweitzer-Schule (ASS) in Langen eine lange Tradition. Vor vielen Jahren machte sich das Kollegium der ASS auf den Weg, basierend auf gemeinsamen Grundgedanken eine Schulordnung zu entwickeln, weil es in den Pausen viele Konflikte gab und kein abgestimmtes Verhalten der Lehrkräfte. Es fehlten grundlegende Regeln – Leitziele, die das Miteinander definierten. Damals entstanden Arbeitsgruppen und unter Einbeziehung der Eltern- und Schülerschaft entwickelten sich die *Rechte und Pflichten für Lehrkräfte, Kinder und Eltern*; jedem Recht wurde eine Pflicht gegenübergestellt. Auf diese Weise wird deutlich, dass jeder Einzelne Verantwortung trägt, Gemeinschaft mitgestalten kann und unser Leben in Zusammenhängen geschieht. Deshalb lauten die ersten Sätze für alle drei Personengruppen gleich: Du hast das Recht, so angenommen zu werden, wie du bist. Du hast die Pflicht, den anderen so anzunehmen, wie er ist.

Diese *Rechte und Pflichten* sind nun grundlegend im Schulprogramm verankert und bilden die Basis des Zusammenlebens. Sie hängen auch sichtbar für alle wie Yin und Yang in jedem Gebäude der Schule und sind im Schulplaner sowie auf der Homepage der Schule zu finden.

Die wöchentliche Klassenratsstunde

Die Schulgemeinde lebt also bereits seit mehr als 30 Jahren auf demokratischer Basis zusammen. In einer wöchentlichen Klassenratsstunde lernen die Kinder zu debattieren, abzustimmen, Probleme zu besprechen und Konflikte zu lösen. Es kann aber auch ein Ort sein, sich gegenseitig Wertschätzung zu zeigen und in Form einer Komplimente-Runde einander zu loben. Alle Klassen wählen halbjährlich zwei neue Klassensprecher*innen, die die Anliegen der

Mitschüler im Schülerparlament vertreten. Gemeinsam mit einer Lehrkraft und der Schulleiterin diskutieren die Vertreter dort Probleme, Anliegen und Anschaffungen für die gesamte Schule. Es findet wöchentlich statt und wird von einem Kinderpräsidium geleitet. Es gibt einen Zeit- und einen Leisewächter und ein Ergebnis-Protokoll, das einem großen Personenkreis in der Schule und der Betreuung zugeht. Somit erhält jeder die wichtigen Informationen und kann ebenfalls teilhaben. Gemeinsam wurden so zum Beispiel das Pausenregelheft erarbeitet, das Baumhaus geplant und die Holzpferde angeschafft.

Verbindliche Demokratie-Bausteine

Mit der Teilnahme am BLK-Programm „Demokratie leben und lernen – Mediation und Partizipation“ ergaben sich ab dem Jahre 2002 neue Impulse für das Schulprofil. Es wurden verbindliche



Demokratie-Bausteine für den Unterricht aller Jahrgänge definiert und passende Themenkisten mit Lernmaterialien zusammengestellt. Das Curriculum wird regelmäßig evaluiert und aktualisiert; überholte Inhalte werden verworfen und durch neue Themen ersetzt. Die

Kinderrechte werden in der dritten Klasse explizit aufgegriffen und alle Klassen sind aufgefordert, eine Projektidee umzusetzen. So entstehen immer wieder neue Aktionen oder Ausstellungen im Eingangsbereich der Schule und alle Kinder lernen die eigene Rechte kennen.

Kinderrecht-Modellschule

Im Jahr 2010 wurde die Albert-Schweitzer-Schule (ASS) zur Kinderrechte-Modellschule und trat dem Netzwerk *Macht Kinder stark (MAKISTA)* bei. Dieser hessische Verein unterstützt, vernetzt und berät Schulen im Hinblick auf die Entwicklung von Projekten hin zu einer kindergerechten und demokratischen Gesellschaft. Ein gemeinsames Anliegen aller Netzwerkschulen ist es, Kinder zu stärken und frühzeitig zu befähigen, sich für die eigenen Rechte und die der anderen einzusetzen. Kinder werden beteiligt und haben das Recht, ihre Meinung zu sagen. Sie werden gefragt, gehört und dürfen bei vielen Fragen des Schullebens mitbestimmen. Die Kinderrechte sind mittlerweile fest verortet im Schulleben, gehören zu den Säulen des Schulprogramms und werden bei allen Vorhaben der Schule mitgedacht. Schon am Schulzaun sind die 10 wichtigsten Kinderrechte in den Sprechblasen weithin lesbar und nach außen hin sichtbar. Um die Kinderrechte für alle Grundschüler direkter erfahrbar zu machen, feiert die Schule jährlich ein buntes Kinderrechte-Fest. Kinder und Lehrkräfte spielen an verschiedenen Stationen auf dem Schulhof und erinnern an eines der grundlegenden Rechte der Kinderrechtskonvention – das Recht auf Spiel und Freizeit. Regelmäßig veranstaltet die Schule auch für die Klassen 3 und 4 Kinderrechte-Workshops und wird dabei von Unicef unterstützt. In diesen Veranstaltungen werden verschiedene Kinderrechte thematisiert und die Schüler und Schülerinnen haben die Möglichkeit, die Lebenssituation von Kindern aus anderen Ländern mit der

eigenen Lebenswirklichkeit abzugleichen. In solchen Momenten wird den Kindern häufig bewusst, wie privilegiert die meisten Kinder in Deutschland leben können. Auch schwierige, anspruchsvolle Themen wie das Recht auf Teilhabe, Kinderarbeit oder Flucht vor Krieg können innerhalb dieser Tages-Workshops angesprochen und gemeinsam bearbeitet werden.



Kindern und Erwachsenen soll es gut gehen

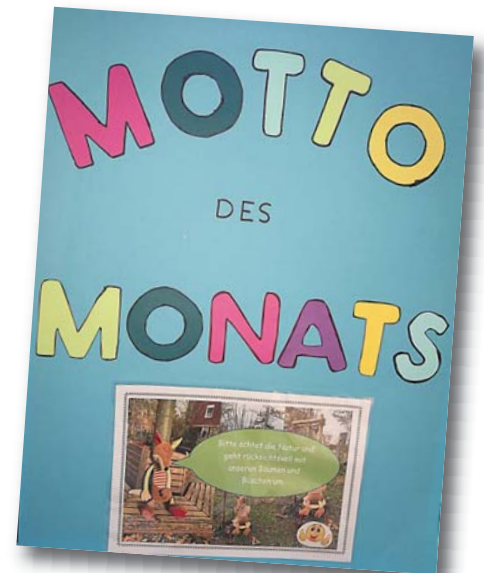
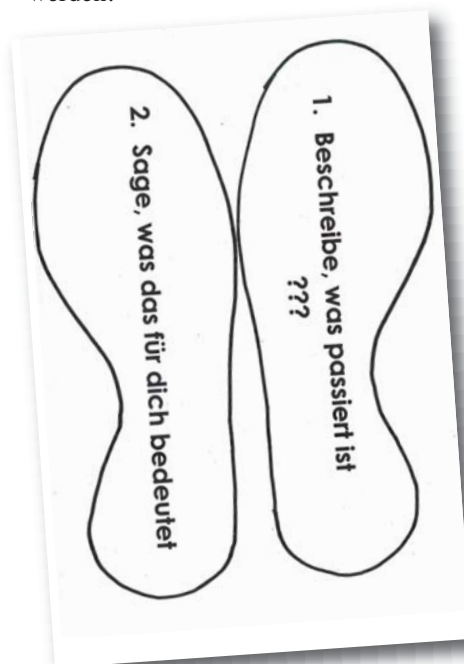
Die ASS ist heute eine Grundschule mit einem vielfältigen Ganztagsangebot für 380 Schüler*innen, die in 17 Klassen und einer sehr großen Nachmittagsbetreuung auf dem Schulgelände lernen und leben. Das Miteinander wird eng gelebt und der Schulalltag ist entsprechend rhythmisiert. Es gibt diverse Kurse am Nachmittag und Lernzeiten am Vormittag. Wir achten darauf, dass es allen Kindern, aber auch den Erwachsenen gut geht. Für die Lehrer*innen und das Betreuerteam wurden Computerarbeitsplätze und Sozialräume geschaffen. Der große begrünte Schulhof bietet mit Baumhaus, Sandkasten, Klettergerüst, Fußballkäfig viele Spielmöglichkeiten und auf der Spielwiese warten die Holzperle wieder darauf, bespielt zu werden. In der nagelneuen Spieleausleihe Villa Peppino gibt es neben Kleinspielsachen auch Fußballtore, Rolltonnen, Stelzen und viele Fahrzeuge, wie Roller, Taxi, Rikscha oder Kettcar. Zum Wohlbefinden tragen auch ein Schulgarten, eine von Eltern geführte Bücherei, der Werk- und der Computerraum bei.

Ein offener Dialog mit der Elternschaft

Mit der Elternschaft wird ein offener Dialog geführt und es gibt viele Möglichkeiten sich am Schulleben zu beteiligen. Alle tragen dazu bei, das

Schulleben mitzugestalten. Partizipation wird an der Albert-Schweitzer-Schule ebenfalls großgeschrieben. Die Schüler*innen bringen sich ein und übernehmen auch Verantwortung.

In den Schulversammlungen gehen die Kinder auf die Bühnen und zeigen selbstbewusst anderen Klassen, was sie gelernt haben. Schüler*innen der Jahrgangsstufe 3 übernehmen die Patenschaft für die Schulanfänger in den ersten Klassen. Es gibt außerdem verschiedene Dienste, die die Kinder für die Gemeinschaft übernehmen. Der Pausenspiel-Ausleihdienst ist besonders beliebt, Boten- und Papierkorbdiensdienst ebenfalls – der Toilettendienst weniger. Zur friedlichen Schulatmosphäre trägt auch bei, Konflikte zeitnah und offen zu thematisieren. Die Kolleg*innen erhalten eine Ausbildung in den Grundlagen der Mediation und können die Kinder deshalb gut unterstützen, Konflikte selbstständig zu klären. Die Streit-Schlichter-Füße helfen den Kindern nach einem Streit, im Gespräch wieder aufeinander zuzugehen und eigenständig eine Klärung herbeizuführen. So können viele kleine Differenzen direkt zwischen den Kindern gelöst werden. Für größere Gruppenkonflikte oder länger andauernde Probleme können auch Termine mit der Vertrauenslehrerin vereinbart werden.



Motto des Monats: Umweltschutz

Ganz aktuell werden die Kinder für den Umweltschutz und das Recht auf eine saubere Umwelt sensibilisiert. Denn in den vergangenen Jahren hat unser Baumbestand sehr stark unter den Stürmen und der Trockenheit gelitten. Auf dem gesamten Schulgelände ist der Baumbestand in Gefahr und bedarf der Pflege und des Schutzes. Daraufhin wurde das Motto des Monats ausgerufen: „Wir achten die Natur und schützen die Büsche und Bäume“. Dieser Aufruf ist in allen Gebäudeteilen plakatiert und wird regelmäßig auch im Schülerparlament besprochen. Verschiedene Ideen wurden entwickelt, wie die Natur auf dem Schulhof geschützt werden kann. Seitdem gibt es Gießsäcke, kleine Zäune um einige Büsche, Hinweisschilder und Stoffbahnen als Schutz für Beete und junge Bäume. Im Laufe des Jahres sollen noch Baumpatenschaften und Gießdienste eingerichtet werden.

Schule gemeinsam zu gestalten und im Sinne der Kinder weiterzuentwickeln, wird auch zukünftig unser Ziel sein. Alle Menschen sollen sich in unserer Grundschule wohl fühlen, friedlich miteinander leben und lernen können.

Barbara Busch ist Schulleiterin der Albert-Schweitzer-Schule, eine Grundschule in Langen.

www.albert-schweitzer-schule-langen.de

Alle Bilder © Albert-Schweitzer-Schule Langen

Partizipation und Kinderrechte sind kein Thema für „ruhige Zeiten“

Von Jessica Jolene Pilz



Am 13. 3. 2020 geschah das vorher Unvorstellbare: Alle Schulen Hessens schlossen. 800.000 Schüler*innen blieben Zuhause, statt sich auf ihren gewohnten Weg in die Schule zu begeben. Eine drastische Veränderung des Lebensalltags von Kindern und Jugendlichen. Somit auch für den Arbeitsalltag von Schüler*innenvertretenden, die die einzige gesetzlich legitimierte Interessensvertretung und somit Partizipationsmöglichkeit für Schüler*innen sind.

Um die Corona-Zeit 2020 zu reflektieren, hat die Landesschüler*innenvertretung alle Stadtschüler*innenräte und Kreisschüler*innenräte bezüglich ihrer Wahrnehmung des letzten Jahres befragt. Das Ergebnis sind 10 ausführliche Berichte. Sie evaluieren die Situation von Schüler*innenvertretenden, die Lage der Kinder- und Jugendrechte sowie die psychische Situation von Schüler*innen in der Corona-Zeit.

Wichtige Kinderrechte werden verletzt

Bei Betrachtung der Erfahrungsberichte wird klar, wie massiv gerade der Lockdown und die Schulschließungen wichtige Kinderrechte verletzen. Besonders häufig wird dabei der Aspekt der psychischen Gesundheit genannt. Während umfassende Maßnahmen ergriffen werden, um die Infektion mit dem Corona-Virus zu verhindern, wird dieser wichtige Teil der Gesundheit vernachlässigt. Viele der Befragten sehen daher das Kinderrecht auf Gesundheit verletzt. Leider kommen sie bei vielen weiteren Rechten zu dieser Einschätzung. So wird beispielsweise auch das Recht auf Spiel und Freizeit als gefährdet eingestuft, da ein Ausgleich zu schulischen Verpflichtungen kaum möglich ist, eine neue Entwicklung, die mit dem Distanzunterricht entstand. Die Menge der Aufgaben ist zu hoch, Freizeit und Schulzeit vermischen sich zunehmend und nur selten sind Kinderzimmer und „Arbeitsplatz“ der Schüler*innen noch voneinander getrennt. „In der Homeschooling Situation können viele Schüler*innen dem Schulstoff nicht entfliehen, er bestimmt ihren Alltag von morgens bis abends“, schreibt ein

Schüler*innenvertreter und beschreibt damit die Lage vieler hessischer Jugendlicher. Auch das Recht auf Schutz vor Gewalt darf nicht außer Acht gelassen werden, denn im Distanzunterricht sind Schüler*innen, an ihr Zuhause und damit oftmals an ihre Familie gebunden. Durch räumliche Enge ist die Lage in fast allen Familien früher oder später angespannt. Das Risiko von häuslicher Gewalt gegen Kinder und Jugendliche steigt, diese beunruhigende Entwicklung sollte uns zum Handeln bewegen.

Chancengerechtigkeit ist in Gefahr

„Die Pandemie wirkt wie ein Brennglas auf unsere Probleme“. Allzu oft wurde dieser Satz im vergangenen Jahr wiederholt, fast schon wie ein Mantra. Verändert hat sich jedoch wenig. Noch immer ist die Situation hinsichtlich der Chancengerechtigkeit prekär, noch immer wurde kein Ausgleich für sozio-ökonomisch schlechter gestellte Familien geschaffen, noch immer wirken sich Einkommen und Bildungsstand der Eltern massiv auf die möglichen Leistungen der Schüler*innen aus. Das schon lange bestehende Problem ist noch weitergewachsen und das Recht auf Gleichheit verletzt. Und auch andere Probleme im Bildungssystem sind verstärkt sichtbar. Es mangelt an der digitalen Ausstattung der Schulen und der Schüler*innen zu Hause. Schüler*innen werden durch den Digitalunterricht isoliert und bleiben im Zweifelsfall zurück. Nun wird noch sichtbarer, dass das Einkommen und die Kompetenzen der Eltern, die häusliche Situation und die Ausstattung der Schüler*innen über ihre Bildungsmöglichkeiten entscheiden.

Durch mangelnde Qualität des Distanzunterrichts entstehen Wissenslücken. Trotz der enormen Anstrengungen der Beteiligten deckt der „Videokonferenz-Unterricht ... oft nicht den tatsächlichen pädagogischen Bedarf ab“, berichtet ein Kreisschüler*innenrat. Die Folgen dieser Verletzung des Kinderrechts auf Bildung, werden aktuell von der Politik nicht ernst genommen und werden künftig in der Gesellschaft zu spüren sein.

Partizipationsmöglichkeiten sind extrem beschränkt

Besonders drastisch ist, dass gerade in dieser schwierigen Zeit die Partizipationsmöglichkeiten extrem beschränkt sind. So konnten sich viele Schüler*innenvertretungen aufgrund rechtlicher Vorschriften zu Beginn des Jahres nicht konstituieren, während des Distanzunterrichts brach oft nicht nur der Kontakt zu den Schüler*innen, sondern auch zwischen den Vertreter*innen untereinander ab. Aufgrund der hohen Belastung durch Arbeitsaufträge wurde die Arbeit zusätzlich erschwert. Zudem wurden die Interessensvertreter*innen nur selten über neue Maßnahmen informiert, Schreiben des Kultusministers richten sich lediglich an Schulleitungen und Eltern. Schüler*innen wird die Möglichkeit genommen frühzeitig auf neue Regelungen zu reagieren, in den Prozess der Beschlussfassung werden sie auf allen Ebenen kaum bis gar nicht einbezogen. Obwohl genau in diesem Ausnahmezustand die Meinungen der Schüler*innen, über die entschieden wird, gehört werden müssen und sehr wertvoll und aufschlussreich wären.

Partizipation und Kinderrechte sind kein Thema für „ruhige Zeiten“. Sie müssen zu jedem Zeitpunkt ermöglicht werden und ihren Platz in politischen Entscheidungen finden. Die Perspektive von Heranwachsenden darf nicht weiterhin übergangen werden, Sorgen, Ängste und Probleme von Schüler*innen müssen mehr Gehör finden, Kinder- und Jugendrechte durchgesetzt werden.

Wir fordern nichts außer der Durchsetzung unserer Rechte!

Jessica Jolene Pilz ist stellvertretende Vorsitzende der Landesschüler*innenvertretung Hessen (LSV)





Kinderrechte umsetzen trotz/in der Pandemie

Von Christa Kaletsch

„Ehrlich gesagt, haben uns die Fragen erstmal ganz schön irritiert. Aber dann beim längeren Nachdenken haben wir bemerkt: die Kinder sind ja richtige Alltagshelden und die kriegen vieles sehr gut hin“, beschreibt eine Lehrerin den Reflexionsprozess einer Kleingruppe im Rahmen einer Fortbildung zum Thema „Jetzt erst recht. Kinderrechte umsetzen trotz/in der Pandemie“. Auslöser für die Irritationen und anschließenden Erkenntnisgewinne waren Anregungen zur Förderung des Rechts auf Meinungsfreiheit und Mitbestimmung (Artikel 12 und 13 der UN-Kinderrechtskonvention) in Zeiten von Kontaktbeschränkungen, Schul- und Kitaschließungen und beschränkter Zugänge zu wichtigen Freizeitorien. Mit subjektorientierten, offenen Fragen sollten Kinder und Jugendliche eingeladen werden, ihre Erlebnisse zu schildern, Erfahrungen reflektieren und Handlungsoptionen miteinander teilen zu können. „Was hat euch bisher geholfen mit der schwierigen Situation klarzukommen? Welche Schwierigkeiten sind bisher aufgetreten und wie kommt ihr sie meistern? „Wer oder was hat euch in schwierigen Momenten geholfen“ – so lauteten beispielsweise einige Fragen, mit denen Kinder und Jugendliche adressiert werden und sich dabei als (handelnde) Subjekte und Träger*innen von Rechten erleben können sollten.

Spielräume für Partizipation wahr- und ernstnehmen

Was die Teilnehmenden Pädagog*innen überraschte war vor allem die mutmachende, handlungsorientierte Ausrichtung der Fragestellungen. Nachdenklich stimmte aber auch die Anregung der Fortbildungsleitung, die zahlreichen Spielräume für Partizipation wahr- und ernst zu nehmen. Gleichzeitig konnte ein Bewusstsein für die Notwendigkeiten und Möglichkeiten wiederum diejenigen stärken, die sich für die Wahrung der Kinderrechte einsetzen wollten, auch manchen kultusministeriellen Anweisungen zum Trotz einer ganzheitli-

chen Ausrichtung ihrer Bildungsangebote zu folgen. „Wenn die Kinder nun nach mehreren Wochen Lockdown sich zum ersten Mal in der Schule sehen, dann sollen sie erstmal miteinander sein, toben und spielen können“, gab beispielsweise eine Grundschulleiter*in eine kinderrechtsbasierte Devise aus und half damit dem Kollegium überspannte Erwartungen an verpasste Stoffvermittlung zurückzustellen. Dass eine solche Haltung nicht selbstverständlich erwartet werden kann, muss aus einer Demokratie- und Menschenrechtsperspektive bedenklich stimmen.

Die Kinder wurden nicht einbezogen

Kinder und Jugendliche waren und sind noch immer massiv von den zur Verlangsamung der Ausbreitung des Virus ergriffenen Maßnahmen betroffen. In den Entscheidungsprozess, der den Lockdown in Deutschland einleitete, wurden sie aber nicht einbezogen und ihre Bedürfnisse schienen auch nicht im Mittelpunkt der öffentlichen Auseinandersetzung zu stehen. Dies blieb nicht ohne Wirkung: Sie habe sich „noch nie so ohnmächtig gefühlt“, berichtet ein*e Teilnehmer*in in einer gemeinsam von der Stiftung Universität Hildesheim und der Universität Frankfurt veranlassten bundesweiten Studie zu „Erfahrungen und Perspektiven von jungen Menschen während der Corona-Maßnahmen“ (JuCo-Studie). Viele Teilnehmende beklagten, sich auf ihre Rolle als Schüler*innen reduziert zu fühlen, die vor allem Stoff lernen sollten. Ihre Sorgen und Nöte wurden einfach nicht gesehen: „Von jetzt auf gleich nicht mehr raus zu dürfen und seine Freunde nicht mehr sehen können ist eine Zumutung! Man vereinsamt regelrecht, obwohl die Familie da ist“, so die eindrückliche Situationsbeschreibung einer weiteren Teilnehmer*in. Die online-Befragung hatte eine das Forscher*innenteam überwältigende Resonanz. In ihr wurde zudem ungewöhnlich häufig Gebrauch von der Möglichkeit gemacht, sich in freien Textfeldern mitzuteilen.

Die Grund-, Kinder- und Menschenrechte gelten in Deutschland auch während der corona-bedingten Einschränkungen vollumfänglich weiter. (vgl. Dossier des Deutschen Instituts für Menschenrechte 2020)

Die Studie verdeutlicht die Notwendigkeit, die Schüler*innen mit subjektorientierten Angeboten zu adressieren, in denen sie sich als Mensch ganzheitlich wahr- und ernstgenommen fühlen können. Mit Bezug auf Grund-, Kinder- und Menschenrechte – die in Deutschland auch während der corona-bedingten Einschränkungen „vollumfänglich weiter gelten“ (vgl. Dossier des Deutschen Instituts für Menschenrechte 2020) – ließen und lassen sich Gelegenheitsräume öffnen, die Kinder und Jugendlichen nach ihren Erfahrungen, Wünschen und Bedürfnissen zu fragen und ihnen damit ein Stückweit das Vertrauen in die Wertschätzung der zentralen Werte einer demokratischen Gesellschaft zurückzugeben. Die JuCo-Studien (1) verdeutlichen, warum es wichtig und notwendig ist, über die Stoffvermittlung hinausgehende methodische Zugänge zu wählen, die den Schüler*innen ermöglichen „Selbstvertrauen in die eigene Handlungsfähigkeit“ (wieder) zu erlangen bzw. sich als handlungsfähig zu erleben. Bleibt dies aus, besteht die Gefahr, dass Frust und Enttäuschung über die wiederkehrenden Einschränkungen des Alltagslebens sich zuweilen destruktive Wege suchen oder in verschwörungsideologischen Narrativen gebunden werden.

Kinder und Jugendliche brauchen Begleitung

Kinder und Jugendliche brauchen (Lern-)Begleitungen, die sie unterstützen, die gegenwärtigen Entwicklungen konstruktiv kritisch reflektieren zu können. Dazu bieten Grund-, Kinder- und Menschenrechte einen entscheidenden Bezugsrahmen. Auch auf Erwachsene können die pandemiebedingten Entscheidungen und Erlebnisse verunsich-

chernd und irritierend wirken. Es erscheint daher sehr wichtig, dass Pädagog*innen ihre Erfahrungen reflektieren und sich aktiv mit Demokratie und der Universalität der Menschenrechte verknüpfen. Fortbildungsformate, in denen methodische Anregungen zur Auseinandersetzung mit der „Corona-Krise als Herausforderung für Demokratie- und Menschenrechtsbildung“ vermittelt werden, können zur Selbstklärung beitragen und Wege aufzeigen, wie sie zur Förderung der Ambiguitätstoleranz beitragen können. Dazu gehört u.a. die Auseinandersetzung mit (verfassungsrechtlichen) Dilemmata, das Wahrnehmen und auch das Aushalten von Widersprüchen, aber auch die Entwicklung von Zukunftsvisionen, die sich bewusst mit den Hintergründen und globalen Zusammenhängen von Pandemie(n) und anderen Folgen der durch den Menschen verursachten Natur- und Klimakatastrophen.

Kinder und Jugendliche haben ein Recht auf Antworten

Diejenigen, die Kinder und Jugendliche auf ihren Lernwegen begleiten, sollten im Bewusstsein behalten, dass Kinder

und Jugendliche ein Recht darauf haben, Fragen zu stellen und Antworten zu bekommen. Das heißt nicht, dass die so adressierten Erwachsene auf jede Frage eine Antwort parat haben müssen. Sie dürfen ruhig zugeben, wenn sie was nicht wissen. Dann können sie den Kindern und Jugendlichen helfen, Informationen zu suchen oder andere Ansprechpartner*innen zu finden. Zentral dabei: eine Aufbereitung der Informationen, die Erklärungen anbietet, die die Kinder stärken und nicht zusätzlich verunsichern. Bei komplexen Zusammenhängen, widersprüchlichen Erkenntniswegen und fortbestehenden Unsicherheiten, sollten diejenigen, die Informationen anbieten, nichts vereinheitlichen, was nicht klar und eindeutig ist. Das Offenhalten und wertschätzende Darstellen der Suchbewegungen – z. B. von Wissenschaftler*innen nach Deutungen und Lösungen – kann ermunternd auf die Lernenden wirken. Es fördert das Mitdenken und verdeutlicht den Wert kreativer Lösungsfindung. Komplexität reduzierende Erklärungsansätze bergen immer die Gefahr der Reproduktion diskriminierender, rassistischer Deutungen. Daher

sollten sich – gerade bei dem Bemühen um verständliche Erläuterungen komplexer Zusammenhänge – die Erläuternden um einen diskriminierungssensiblen Blick bemühen.

Christa Kaletsch M.A. ist freie Autorin und Fortbildnerin in den Bereichen konstruktive Konfliktbearbeitung, Partizipation, Demokratie und Menschenrechtsbildung. Sie ist 2. Vorsitzende von Makista e.V. und Co-Vorsitzende des Landesverbandes der Deutschen Gesellschaft für Demokratiepädagogik in Hessen.

Kontakt: christa.kaletsch@degede.de

(1) Studie JuCo 1: „Erfahrungen und Perspektiven von jungen Menschen während der Corona-Maßnahmen“ und Studie JuCo 2: „Die Corona-Epidemie hat mir wertvolle Zeit genommen“. Im Internet: <https://www.uni-hildesheim.de>, Institut für Sozial- und Organisationspädagogik.



„Jetzt erst recht ...“
<https://www.makista.de/angebot/kinderrechte-in-zeiten-von-corona/>



„Die Corona-Krise als Herausforderung“
<https://www.degede.de/wp-content/uploads/2021/01/zng-broschuere-corona-demokratie-menschenrechte-bildungspaket.pdf>

Friedenserziehung durch nachhaltige Erinnerung

Gedenkstättenfahrten im Schulunterricht

Von Daniel Hessing



Inbesondere die allgemeinbildenden Schulen müssen als Ort für die Aufrechterhaltung des Erinnerns an Krieg, Flucht, Vertreibung und staatliches Unrecht verantwortlich sein.

Welche Form dieses Erinnern annehmen sollte, bleibt jedoch bei der konkreten Umsetzung oft vage. Im alltäglichen Unterrichtsgeschehen bleibt für eine vertiefte historische, politische und psychologische Einordnung wichtiger geschichtlicher Ereignisse oft nur wenig Zeit. „Erinnerung“ wird dann verkürzt auf ein paar Jahreszahlen, historische Fakten und einen Film zum Thema. Wenn Ziel des Unterrichts jedoch auch die Verhinderung zukünftigen Unrechts sein soll, dann wird man sich Zeit nehmen müssen, die Dinge zu vertiefen.

Es muss also ein Weg gefunden werden, den Anspruch der ausführlichen Betrachtung eines erinnerungswürdigen Ereignisses mit den ungünstigen realen Bedingungen in Einklang zu bringen. Ein „Sich-Zeit-Nehmen“ funktioniert in der Schule immer dann ganz gut, wenn projektartig gearbeitet werden kann, ohne dass themenferner Unterricht unterbricht. Die Umsetzung eines solchen Projekts wäre sicherlich ohne Weiteres schnell organisierbar und hätte viele Vorteile. Eine enorme Steigerung der Nachhaltigkeit der vermittelten Inhalte würde das Projekt jedoch erfahren, wenn es aus der Schule an die tatsächlichen Orte des zu behandelnden Geschehens verlegt werden könnte.

Nachempfinden der jeweiligen Situation und Hineindenken in andere Menschen

Kein Buch, kein Film und keine Statistik kann eine solche Wirkmacht entfalten, wie es ein realer Erinnerungsort zu tun vermag. Mit eigenen Augen die Öfen von Auschwitz, die Zellen von

Hohenschönhausen, Anne Franks Achterhuis oder die Schlachtfelder an der Somme zu sehen, sich in die Abläufe hineindenken zu können, zu merken, dass diese Dinge wirklich und tatsächlich stattgefunden haben, bringt eine emotionale und persönliche Komponente in das Erinnern ein, die innerhalb der Schulmauern nur schwerlich herzustellen ist. Damit ist natürlich nicht der faszinierend-abstoßende und sensationslüsterne Grusel gemeint, der einen beim Anblick des Bösen überkommen mag und es soll auch kein deplatziertes Betroffenheitsgefühl hergestellt werden. Es geht um das Nachempfinden der jeweiligen Situation und das Hineindenken in andere Menschen und den damit verbundenen Perspektivwechsel. Diese Verknüpfung der theoretischen Geschichte mit dem konkreten Erleben am entsprechenden Ort im Bewusstsein ist – wahrscheinlich nicht nur für Schüler*innen – nachhaltiger als jede fünfundvierzigminütige Unterrichtsstunde oder sogar Unterrichtsreihe es leisten könnte. Die Einbindung von Zeitzeugen wäre eine Lösung zwischen den Welten, scheitert aber immer dann, wenn das zu behandelnde Ereignis bereits zu lange zurückliegt.



Endlose Reihen von Kreuzen als Erinnerung an die Gefallenen

Ein weiterer Vorteil eines Gedenkstättenbesuchs ist, dass die bildliche Erinnerung an geschichtliche Ereignisse und deren Deutung nicht nur den unterschiedlichen, die Geschichte vermittelnden Medien überlassen wird, sondern sich am realen Raum orientiert. So wird es in der Bundesrepublik mehr Schüler*innen geben, deren bildliche Vorstellung des Konzentrationslagers von Auschwitz auf der Kulisse des Films „Schindlers Liste“ basiert als auf realen Sinneseindrücken vom Ort des Geschehens. So eindrucksvoll dieser spezielle Film auch sein mag, so gut seine Intentionen, das zugrundeliegende Medium bleibt manipulationsanfällig und kann auch immer nur einen Ausschnitt der Realität zeigen. Ein Erleben des Originalschauplatzes könnte hier in kritischen Fällen sicher auch korrigierend wirken.

Besuch einer Gedenkstätte: Chance nachhaltig zu bilden und zu erziehen

Natürlich könnte ein Gedenkstättenbesuch mit den ohnehin stattfindenden Schulfahrten verknüpft werden – ein solcher Punkt macht sich in jedem Klassenfahrtsprogramm gut. Die eigentliche Zielsetzung der Konzentration auf die

Erinnerung und das Nachempfinden selbst würde jedoch zu einem abhakbaren Punkt auf einer Liste zwischen Schwimmbadbesuch und Shoppingmeile degradiert.

Sieht man den Besuch einer Gedenkstätte

dagegen als Chance, nachhaltig zu bilden und zu erziehen (im Sinne eines Perspektivwechsels), dann muss dieser unabhängig von anderen Themen geplant werden. Dazu gehört auch eine umfangreiche Vorbildung der Schüler*innen und eine detaillierte Nachbetrachtung. Das Ergebnis sind Jugendliche, die die dunkelsten Kapitel der Geschichte nicht nur von den Bildern auf Seite 63 im Geschichtsbuch kennen, sondern diese in einer ganz anderen Weise abgespeichert haben. Diese Erlebnisse steigern die Chance, dass die Jugendlichen sich umso aktiver für Frieden und Frei-

heit einsetzen und diese mehr zu schätzen wissen. Jeder Euro, der hier investiert wird, wird sich bezahlt machen.



Schüler vor Kreuzen auf deutschem Soldatenfriedhof.

heit einsetzen und diese mehr zu schätzen wissen. Jeder Euro, der hier investiert wird, wird sich bezahlt machen.

Ausgehend von den vorangegangenen Überlegungen entstand mit großzügiger Unterstützung der „Stiftung Friedensbildung“ ein Musterkonzept für eine Gedenkstättenfahrt nach Verdun in Frankreich. Der Gedenkort „Verdun“ bietet sich stellvertretend für ähnliche Orte und Stätten an. Er gehört sicherlich zu den Orten, die in der Erinnerungskultur zu den Orten, die in der Erinnerungskultur zu Recht fest verankert sind und sich für eine Behandlung des Themas „Erster Weltkrieg“ aus historischer, politischer und psychologischer Sicht wie oben beschrieben hervorragend anbieten. Die vorzüglichen Museen, Denkmäler und gut erhaltenen Stätten der Schlachten lassen – so abgedroschen das klingen mag – Geschichte wieder lebendig werden. Die Komponente „Friedensziehung“ bekommt einen ganz anderen Stellenwert, wenn man inmitten der unzähligen Kreuze vor dem Beinhaus die Realitäten des Krieges hautnah miterlebt – das schafft kein Medium so eindrucksvoll. Der Ort liegt zudem im Ausland. Hier spielt also der Gedanke der Völkerverständigung ebenso eine große Rolle. Auch das ist eine Komponente,

die vor Ort viel fassbarer wird. Das Konzept wurde bereits mit unterschiedlichen Schülergruppen der Oberstufe erprobt. Die Durchführung umfasste dabei Vorbereitungstage, die eigentliche Fahrt und Reflexionstage. Ein Modul des Konzepts ist die systematische Dokumentation des Schülerfeedbacks zu den einzelnen Teilabschnitten. Zusammenfassend lässt sich hier sagen, dass von den Schüler*innen durchweg zwei Dinge besonders positiv hervorgehoben werden: das „Sich-Zeit-Nehmen“ und das Erfahren des realen Raums. Dies unterstreicht die Wichtigkeit dieser beiden Komponenten. Dass die in Frankreich gesammelten Erfahrungen und Erkenntnisse nachhaltig waren, zeigte sich besonders eindrucksvoll, als die letzte Gruppe sich nach der Fahrt freiwillig dazu bereit erklärte, in ihrer Freizeit den örtlichen Kriegsgräberfriedhof zu pflegen. Die Schüler*innen hatten nach ihrem Aufenthalt in Verdun offensichtlich eine persönliche Bindung zu dem Thema hergestellt und wollten

mit diesem Beitrag symbolisch ausdrücken, wie wichtig die Erinnerung an vergangenes Unrecht ist und dass es sich niemals wiederholen darf. Auch am Volkstrauertag 2019 fand sich freiwillig eine Schülergruppe zusammen, die vor Kirchen-, Stadt- und Bundeswehrvertreter*innen von dem Verdun-Projekt berichtete. Sie wirkte damit als Multiplikator gegen das Vergessen ohne dabei nur Geschichtsbuchwissen zu referieren. Die Verknüpfung von Faktenwissen mit dem dreidimensionalen Raum eröffnet also weitere Anknüpfungsmöglichkeiten, die länger und tiefer wirken als nur bis zur nächsten Klassenarbeit.

Verdun ist – leider – nur einer von unzähligen Orten, an denen sich Menschen in der Vergangenheit gegenseitig unvorstellbares Leid angetan haben. Die Erfahrungen von diesem Ort ließen sich beliebig auf andere Gedenkstätten übertragen – ob Konzentrationslager, Omaha Beach, Stasi-Gefängnis oder Anne-Frank-Haus. Natürlich wird es nicht möglich sein, jeden einzelnen Ort zu besuchen. Passt eine Gedenkstättenfahrt

jedoch thematisch in die Unterrichtsreihe, so sollte sie wann immer möglich auch umgesetzt werden. Ein bereits erprobtes Konzept, das wertvolle Erfahrungen weitergibt, kann hier hilfreich sein und Sicherheit geben. So können neben der Zeitersparnis beim Planen mögliche grundlegende Bedenken ausgeräumt werden, die eine Lehrkraft hemmen könnten, einen Gedenkstättenbesuch in die Unterrichtsplanung einzubeziehen. Gerade die mit einem solchen Projekt verbundene Mehrarbeit dürfte oftmals dafür verantwortlich sein, dass es nicht stattfindet. Hier soll dazu ermuntert werden, es trotzdem zu tun. Vielleicht ist in einer Zeit nach der einengenden Pandemie ja auch wieder mehr Bereitschaft vorhanden, das Innere der Schulwände zu verlassen – das Ergebnis ist es wert. Für Rückfragen und Tipps zur Verdunfahrt und ähnlichen Projekten können Sie sich an die „Stiftung Friedensbildung“ wenden (<https://stiftung-friedensbildung.de>).

Daniel Hessing ist Lehrer an einer Gesamtschule in Ostfriesland. Das Projekt „Verdun“ führt er gemeinsam mit seinem Kollegen Julian Kern durch.



Schüler auf dem Fort Vaux

Anmerkung der Redaktion: In Hessen sind Besuche an Gedenkstätten zwar kein verpflichtender Teil des Unterrichts, die Schulen werden aber vom Kultusministerium dazu „ermuntert“ eine solche Fahrt in Klasse 9 oder 10 durchzuführen. Das Land unterstützt bestimmte Fahrten finanziell über die Landeszentrale für politische Bildung (<https://hlz.hessen.de>). Für weitere Fördermöglichkeiten kann man sich an die Staatlichen Schulämter wenden und an die Bundeszentrale für Politische Bildung (<https://bpb.de>).

Alle Bilder © Daniel Hessing

„Wir sind jetzt“ Schulklassen im Jüdischen Museum Frankfurt

Von Sophie Schmidt



Leselust für Schulklassen: Workshops und Bücherkisten

Ganz neu hinzugekommen sind die innovativen Angebote unserer Museumsbibliothek, daher möchten wir sie hier etwas ausführlicher vorstellen. Sie ermöglichen einen Zugang zu unseren Themen durch Literatur und sind daher auch für den Deutschunterricht geeignet. Die Workshops finden sowohl in der Bibliothek als auch in der Dauerausstellung statt:

Für alle Klassenstufen: Bei „*Buchbesuch – mit Geschichten ins Museum*“ bringt die Schulklasse ein thematisch passendes Buch mit (z. B. „*Das Tagebuch der Anne Frank*“, „*28 Tage lang*“, „*Weiter leben*“). Mithilfe der Dauerausstellung erarbeiten sich die Schüler*innen Hintergrundinformationen, die ein tieferes Verständnis der Lektüre ermöglichen.

Für Klassen 9-13: Ausgehend von dem autobiographischen Roman „*Kaiserhofstraße 12*“ von Valentin Senger, stellt sich die Frage, wie die Familie den NS-Terror überlebt hat. Der Workshop bietet aber auch Ausgangspunkte, um über Themen wie Migration, Ausgrenzung und „Illegalität“ nachzudenken.

Für Klassen 7-9: Interreligiöse und transkulturelle Fragen sowie der Umgang mit Diskriminierung werden in dem Workshop „*Freundschaft ohne Grenzen?*“ mithilfe des jüdisch-muslimischen Freundschaftsromans „*Die Jagd nach dem Kidduschbecher*“ von Eva Lezzi bearbeitet.

„Wir sind jetzt“ heißt die neue Dauerausstellung im Jüdischen Museum. Im Herbst 2020 haben wir sie nach 5 Jahren Schließung fulminant eröffnet. Leider standen die Türen für Besuchende aufgrund der Coronapandemie inzwischen nur zweimal für jeweils wenige Wochen offen. Wir freuen uns, wenn es wieder los geht und wir viele Schulklassen und Lehrkräfte willkommen heißen dürfen.

Neue Perspektiven auf das Judentum und Selbstreflexion

Bei unseren Führungen, Workshops und längerfristigen Bildungsangeboten ist uns besonders wichtig, eine Perspektive auf das Judentum zu eröffnen, die den Blick auf Antisemitismus oder den Nationalsozialismus und die Schoa einschließt, aber auch darüber hinaus geht.

Wir vermitteln jüdisches Leben in der Gegenwart als selbstverständlichen Bestandteil des aktuellen Frankfurter Stadtlebens. Auch die lange jüdische Geschichte Frankfurts gehört integral zur Stadtgeschichte und ist Teil der deutschen und europäischen Geschichte. Es geht um die Jahrhunderte lange Beziehungsgeschichte zwischen einer Minderheit in einer Mehrheitsgesellschaft.

Bei dem Fokus auf die jüdische Religion und jüdische Kulturen ermöglicht ein interreligiöser Vergleich zwischen Judentum, Islam und Christentum den Blick auf Gemeinsamkeiten und Unterschiede. Wir öffnen Räume, um Transkulturalität bewusst und erfahrbar zu machen und regen zur Selbstreflexion an.

Workshops, Werkstattangebote, Führungen und Stadtrundgänge

Dafür bieten wir vielfältige Möglichkeiten: forschendes Lernen in Workshops mit neuen Medien, kreative Werkstatt-

angebote, dialogische Führungen, spannende Stadtrundgänge und längerfristig begleitende Bildungsprogramme.

Der Ort, an dem die meisten unserer Angebote stattfinden, ist das neue Haus. Es besteht aus dem Lichtbau mit viel Raum für Wechselausstellungen und einer großen Bibliothek für Kinder, Jugendliche und Erwachsene mit speziellen Angeboten für Schulklassen. Völlig neu gestaltet ist auch die Dauerausstellung auf allen drei Etagen des renovierten Rothschild-Palais. Hier steht die jüdische Geschichte Frankfurts von der Aufklärung bis zur Gegenwart im Mittelpunkt. Es öffnen sich spannende Einblicke in die Vielfalt jüdischer Religion und Brauchtum zwischen Tradition und Ritual und wir erzählen die Geschichten von drei Familien in Frankfurt zwischen Emanzipation, Mitbestimmung und systematischer Ausgrenzung: Es geht um die Familie von Anne Frank, die Familie Rothschild und die Familie von Valentin Senger (Autor des autobiographischen Romans „*Kaiserhofstraße 12*“).

Zu entdecken gibt es:

- Jüdische Gegenwart
- Rituelle Praxis und religiöse Vielfalt
- Jüdisches Frankfurt ab 1800
- Generationsübergreifende Geschichten der Familien Rothschild, Frank und Senger
- Kunst
- Leselust in der neuen Bibliothek
- Antisemitismus- und rassismuskritische Bildungsangebote

Die konkreten Schulklassenangebote finden Sie auf unserer Webseite:
www.juedischesmuseum.de





islamischen und jüdischen Religion beschäftigen und neben dem Jüdischen Museum auch das Bibelhaus Erlebnis-museum und die Merkez-Moschee besuchen, ist weiterhin Teil unseres Angebots. Die Projektwoche ist für Schulen kostenfrei.

Was tun in Zeiten der Pandemie?

- Für Lehrkräfte und Pädagog*innen bieten wir regelmäßig Online-Fortbildungen an: Aktuelle Informationen dazu erhalten Sie über unseren Newsletter oder unsere Homepage.
- Verschiedene digitale Angebote für Kinder finden Sie hier: <https://www.juedischesmuseum.de/lernen/digitale-angebote-kinder/>
- Bücherkisten und Klassensätze von le-senswerten Büchern können jederzeit ausgeliehen werden.
- Mit unserer App „Unsichtbare Orte“ können Schüler*innen und Schüler auf Spurensuche in Frankfurt Migrationsge-schichte im Stadtraum erleben: <https://www.juedischesmuseum.de/erkunden/detail/unsichtbare-orte-frankfurt/>

Wir entwickeln derzeit weitere Online-Angebote für Schulklassen. Informieren Sie sich über unseren Newsletter oder unsere Webseite. Hier können Sie sich für den Newsletter anmelden: <https://www.juedischesmuseum.de/lernen/>

Sophie Schmidt ist abgeordnete Lehrerin des Landes Hessen am Jüdischen Museum und dort im Bildungsbereich tätig.

Unsere Bildungsangebote sind für ALLE Schulformen und Schulklassen und damit für verschiedene Bedürfnisse geplant. Gerne passen wir unsere Angebote auf Ihre individuelle Gruppe an. Schreiben Sie uns!
 Kontakt: Jüdisches Museum Frankfurt, Bertha-Pappenheim-Platz 1, 60311 Frankfurt
 E-Mail: Besuch.JMF@stadt-frankfurt.de, www.juedischesmuseum.de

Alle Fotos: © Jüdisches Museum, Norbert Miguletz

Antisemitismuskritische Extremismusprävention

Ebenfalls bewährt haben sich unsere Outreachprogramme zur antisemitismuskritischen Extremismusprävention, die unsere Kollegin Dr. Türkan Kanbica-cak entwickelt hat. Sie finden überwiegend im eigenen Klassenzimmer statt. „AntiAnti – Museum Goes School“ ist ein halbjähriges kulturelles Bildungsprogramm für Frankfurter Berufsschul-klassen. Es zielt auf eine Stärkung der Persönlichkeit der Schüler*innen, auf Selbstreflexion, die Förderung von Empathie und die Auseinandersetzung mit Diversität. Zugleich bietet es einen niedrigschwelligen Zugang zu jüdischer Kultur und Geschichte. Auch Lehrer*innen werden durch Fortbildungen einbezogen.

Der Schattentheaterworkshop „Wahrheiten und Narrheiten“ lädt Kinder in Kita und Grundschule dazu ein, auf spielerische und kreative Weise mehr über die monotheistischen Religionen zu erfahren. Die jungen Teilnehmer*innen erwerben Schlüsselkompetenzen im transkulturellen und interreligiösen Miteinander und entwickeln im Laufe des Workshops ihr eigenes Schattentheaterstück. Für die teilnehmenden Schulen sind beide Angebote kostenfrei.

Für Klassen 4-13: Bei „Viele Grüße von Eurer Anne...“ – die Briefe der Familie Frank“ erhalten Schüler*innen einen tiefen Einblick in mehrere Generationen der Familie von Anne Frank im 19. und 20. Jahrhundert.

Für Klassen 3-6: In dem Workshop „Opa, der Hunde-Schlamassel und die Frage: Was ist jüdisch?“ erfahren Kinder – ausgehend von dem Roman „Opa und der Hunde-Schlamassel“ von Erica S. Perl – was jüdisch sein für Kinder bedeutet.

Die Bücher, die hier als Ausgangspunkt für die Workshops dienen, können von der Klasse bereits vollständig, teilweise oder (noch) nicht gelesen worden sein. Die Bibliotheksangebote sind für Schul-klassen kostenfrei. Wir verleihen auch Bücherkisten zu den Themen „Nationalsozialismus/Schoa“ und „Lebendiges Judentum“ und Klassensätze von le-senswerten Büchern.

Beliebte und bewährte Bildungsangebote

Beliebte und bewährte Bildungsangebote sind weiterhin ein fixer Bestandteil unseres Programms: Etwa die Angebote im Museum Judengasse zum Leben in der Judengasse um 1700 oder die Führungen an der Erinnerungsstätte Großmarkthalle, bei denen es um die Deportationen der Frankfurter Jüdinnen und Juden im Nationalsozialismus geht.

Auch die Projektwoche „3 Tage, 3 Orte, 3 Religionen“, in der sich Schulklassen aller Schulformen mit der christlichen,



Schule ohne Rassismus – Schule mit Courage

10 Fragen – 10 Antworten

1. Was ist Schule ohne Rassismus – Schule mit Courage?

Schule ohne Rassismus – Schule mit Courage ist ein Projekt für alle Schulmitglieder. Es bietet Kindern, Jugendlichen und Pädagog*innen die Möglichkeit, das Klima an ihrer Schule aktiv mitzugestalten, indem sie sich bewusst gegen jede Form von Diskriminierung, Mobbing und Gewalt wenden. Wir sind das größte Schulnetzwerk in Deutschland. Ihm gehören über 3.300 Schulen an, die von mehr als zwei Millionen Schüler*innen besucht werden (Stand: August 2020). Unterstützt werden die Schüler*innen und Pädagog*innen dabei von mehr als 100 Koordinierungsstellen und 350 außerschulischen Kooperationspartnern.

2. Wie wird man eine Schule ohne Rassismus – Schule mit Courage?

Jede Schule kann den Titel erwerben, wenn sie folgende Voraussetzungen erfüllt: Mindestens 70 Prozent aller Menschen, die in einer Schule lernen und arbeiten (Schüler*innen, Pädagog*innen und technisches Personal) verpflichten sich, sich künftig gegen jede Form von Diskriminierung an ihrer Schule aktiv einzusetzen, bei Konflikten einzugreifen und regelmäßig Projekttag zum Thema durchzuführen.

3. Zu was verpflichtet sich eine Courage-Schule?

Wer sich zu den Zielen einer *Schule ohne Rassismus – Schule mit Courage* bekennt, tritt ein für folgende Selbstverpflichtung:

1. Ich werde mich dafür einsetzen, dass es zu einer zentralen Aufgabe meiner Schule wird, nachhaltige und langfristige Projekte, Aktivitäten und Initiativen zu entwickeln, um Diskriminierungen, insbesondere Rassismus, zu überwinden.
2. Wenn an meiner Schule Gewalt geschieht, diskriminierende Äußerungen fallen oder diskriminierende Handlungen ausgeübt werden, wende ich mich dagegen und setze mich dafür ein, dass

wir in einer offenen Auseinandersetzung mit diesem Problem gemeinsam Wege finden, zukünftig einander zu achten.

3. Ich setze mich dafür ein, dass an meiner Schule ein Mal pro Jahr ein Projekt zum Thema Diskriminierungen durchgeführt wird, um langfristig gegen jegliche Form von Diskriminierung, insbesondere Rassismus, vorzugehen.

4. Was bedeutet der Titel genau?

Der Titel ist kein Preis und keine Auszeichnung für bereits geleistete Arbeit, sondern eine Selbstverpflichtung für die Gegenwart und die Zukunft. Eine Schule, die den Titel trägt, ist Teil eines Netzwerkes, das sagt: Wir übernehmen Verantwortung für das Klima an unserer Schule und für unser Umfeld.

5. Kümmert ihr euch ausschließlich um Rassismus?

Nein. Wir beschäftigen uns gleichermaßen mit Diskriminierung aufgrund der Religion, der sozialen Herkunft, des Geschlechts, körperlicher Merkmale, der politischen Weltanschauung und der sexuellen Orientierung. Darüber hinaus wenden wir uns gegen alle totalitären und demokratiegefährdenden Ideologien.

6. Beschäftigt ihr euch nur mit den bösen Deutschen?

Nein. Wir sind davon überzeugt, dass alle Menschen, egal woher sie kommen und wie sie aussehen, in der Lage sind zu diskriminieren. Deshalb nehmen wir zum Beispiel den Antisemitismus oder die Homophobie eines Jugendlichen der Mehrheitsgesellschaft genauso ernst wie den eines Jugendlichen mit türkischen oder arabischen Wurzeln.

7. Wo steht ihr politisch?

Wir stehen weder rechts oder links noch in der Mitte. Das Anliegen von *Schule ohne Rassismus – Schule mit Courage* sollte Aufgabe aller Demokrat*innen sein. Vertreter*innen aller im Bundestag vertretenen demokratischen Parteien

unterstützen unser Anliegen, ebenso Vertreter*innen von Gewerkschaften und Glaubensgemeinschaften.

8. Ist das Projekt eher etwas für Gymnasien?

Keineswegs. An unserem Netzwerk nehmen alle Schulen teil. Auf unsere Homepage seht ihr (unter Courage-Schulen), dass alle Schularten bei uns vertreten sind.

9. Wo seid ihr am stärksten vertreten? Im Osten oder im Westen?

25 Jahre nach der deutschen Einheit gibt es da keinen Unterschied mehr. Wir sind ein gesamtdeutsches Projekt und uns gibt es in allen Bundesländern. Auf unserer Homepage erfahrt ihr, welche Courage-Schulen es in Eurem Bundesland gibt.

10. Wo bekomme ich mehr Informationen über das Projekt?

Auf unserer Homepage (www.schule-ohne-rassismus.org) findet ihr eine Fülle von Informationen zu unserer Arbeit und den Aktivitäten der Courage-Schulen. Für eure Fragen stehen euch die Mitarbeiter*innen der Bundeskoordination zur Verfügung ebenso wie die der Landes- und Regionalkoordinations* in eurer Nähe.

Dieser Text wurde uns von der Bundeskoordination Schule ohne Rassismus – Schule mit Courage (www.schule-ohne-rassismus.org) zur Verfügung gestellt. Wir danken für die freundliche Genehmigung.

* **Landeskoordination für Hessen:**
Bildungsstätte Anne Frank,
Sabrina Becker, Tel.: 069-56 000 256,
E-Mail: sbecker@bs-anne-frank.de



Gefahren im Netz: Cybermobbing und Fake News

Von den „Digitalen Helden“

Digitale Medien bieten anti-demokratischen Aktionen neue Möglichkeiten: Cybermobbing ist eine sehr üble Form von Mobbing und die Menge an Fake News im Netz erschwert die demokratische Auseinandersetzung. Zu diesen beiden Themen finden Sie nachstehend zwei Beiträge von den „Digitalen Helden“.

Die „Digitale Helden gGmbH“ ist eine gemeinnützige Organisation aus Frankfurt am Main. Sie hilft Schulen und Familien, digitale Kommunikation bewusst und kompetent zu nutzen. In ihrem ganzjährigen Mentorenprogramm haben sie seit 2013 Schüler*innen aus 187 hessischen Schulen zu Digitalen Helden ausgebildet.



Deutschlandweit sind 170 Schulen aktiv dabei. Weitere Informationen zum Mentorenprogramm gibt es hier: <https://digitale-helden.de/>

[angebote/mentorenprogramm/](https://digitale-helden.de/angebote/mentorenprogramm/)

Mit Jugendlichen über Cybermobbing reden

Hört sofort auf! Manchmal ist es ein einziger Satz, der alles ändert. Der so schwerfällt und doch so wichtig ist. Weil er von Mobbing Betroffenen zeigt, dass sie nicht alleine sind. Und weil er ein Anfang für weitere Sätze sein kann: Ich mache da nicht mit. Du hast keine Schuld. Ich bin für dich da. Mobbing gab es auch schon, als wir zur Schule gegangen sind. Viele Eltern haben selbst Erfahrung mit diesem Thema und wissen: Mobbing hat lebenslange Folgen. Und das Internet verschärft die Situation für Jugendliche heute. Durch Cybermobbing, also die Ausweitung von Mobbing auf das Internet, wird betroffenen Jugendlichen ihr Rückzugsort genommen. Denn durch soziale Medien und Messenger-Dienste ist das Mobbing auch zu Hause dauerhaft präsent. Teilweise passiert es sogar öffentlich und nimmt ungeahnte Dimensionen an.

Wann spricht man von Cybermobbing?

Grundsätzlich ähneln sich die Merkmale von Cybermobbing denen von „normalen“ Mobbingstrukturen: Es richten sich mehrere Schüler*innen absichtlich und systematisch gegen Einzelpersonen.

Digitale Helden gegen Cybermobbing in der Schule

Mobbingstrukturen entstehen vorrangig durch den Umgang der Schüler*innen untereinander. Lehrkräfte können aber Einfluss darauf nehmen und die



Und das immer und immer wieder über einen längeren Zeitraum. Der wesentliche Unterschied ist die Ausweitung auf das Internet. Beleidigungen, Drohungen und Ausgrenzung finden nicht mehr nur in der Schule und dem realen Leben statt, sondern auch digital. Statistiken zeigen: 89 Prozent der Jugendlichen nutzen das Internet täglich in ihrer Freizeit (JIM-Studie 2020, S.13 f*). Neben spaßigen und produktiven Dingen finden vermehrt auch Konflikte digital statt. Vielen Eltern und Lehrkräften sind die Ausmaße gar nicht bewusst. Dabei geben 29 Prozent der Jugendlichen an, dass schon mal beleidigende oder falsche Sachen über sie im Netz verbreitet wurden (JIM-Studie 2020, S. 60*). Das entspricht fast jedem dritten Jugendlichen.

Klassengemeinschaft für die Auswirkungen von Cybermobbing sensibilisieren. Sie sollten deutlich machen, dass das Internet kein rechtsfreier Raum ist und die Schüler*innen motivieren, füreinander einzustehen. Denn es hat eine ganz andere Wirkung, wenn sich Schüler*innen für ihre Mitschüler*innen einsetzen und bei Mobbing einschreiten, als wenn es Erwachsene tun. Jugendliche verbringen sehr viel Zeit mit Gleichaltrigen, sie haben ähnliche Interessen und Perspektiven, warum sollten sie dann nicht auch voneinander lernen? Der Grundgedanke der Peer Education greift genau diesen Aspekt auf: Lernen auf Augenhöhe. Dabei geben Schüler*innen ihr eigenes Wissen an andere Schüler*innen weiter und erhöhen so ihren Lernerfolg. Zusätzlich werden durch diesen direkten Austausch auch soziale Kompetenzen gefördert. Die Digitalen Helden haben nach diesem Ansatz das ganzjährige Mentorenprogramm entwickelt.

Schüler*innen der 8.-10. Klasse werden in verschiedenen Online-Modulen zu Themen wie Stress im Klassenchat, Cybermobbing oder Sexting ausgebildet. Sie werden zu Mentor*innen für jüngere Schüler*innen der 5. und 6. Klasse und stehen ihnen als Ansprechpartner*innen auf Augenhöhe bei Fragen und Problemen rund um die digitale Welt zur Seite.

Wie können Eltern ihre Kinder vor Cybermobbing schützen?

Entscheidend ist zunächst einmal ganz grundsätzlich, dass man dem Kind ein hohes Maß an Aufmerksamkeit und Interesse entgegenbringt. Initiieren Sie positive Gespräche, beschäftigen Sie sich aktiv mit der Mediennutzung Ihres Kindes und treffen Sie altersgerechte Vereinbarungen. Viele Dinge können beispielsweise in einem Mediennutzungsvertrag festgehalten werden.

Wie helfe ich meinem Kind, wenn es von Cybermobbing betroffen ist?

Auch hier spielt die Aufmerksamkeit für den eigenen Sohn oder die eigene Tochter eine große Rolle. Seien Sie wachsam, wenn Sie Anzeichen wahrnehmen oder sich Ihr Kind auffällig verhält. Ermutigen Sie Ihr Kind mit Ihnen zu sprechen, ohne dabei zu sehr zu drängen. Seien Sie sorgsam mit Smartphone-Verboten, Ihr Kind sollte nicht das Gefühl vermittelt bekommen, bestraft zu werden. Wenn es sich Ihnen öffnet, nehmen Sie Bedenken und Ängste ernst und holen Sie gemeinsam Hilfe. Sorgen Sie für Transparenz, überlegen Sie alle Schritte gemeinsam und sagen Sie Ihrem Kind das von Anfang an: „Du, es passiert nichts heimlich oder ungefragt, wir schaffen das zusammen.“ Ziehen Sie dafür auch die zuständigen Lehrkräfte oder Schulsozialarbeiter*innen hinzu.

relativ leicht und daher auch weit verbreitet. Wir sind tagtäglich damit im Netz konfrontiert und manchmal ist es gar nicht so leicht, Fakten von Falschinformationen zu unterscheiden.

Aber ist denn mittlerweile alles fake? Ganz so schlimm ist es nicht, aber es gibt durchaus Studien, die zum Nachdenken anregen. Eine Untersuchung des Massachusetts-Institut für Technologie hat gezeigt, dass uns Falschmeldungen sechs Mal schneller erreichen als korrekte Nachrichten (vgl. Netzpolitik.org). Oft werden sie von Freunden oder Bekannten über soziale Netzwerke und Messenger geteilt. Aber auch Algorithmen, Social Bots und Fake-Profile spielen bei der rasanten Verbreitung eine tragende Rolle; was es damit auf sich hat und welchen Einfluss sie auf die Meinungsbildung haben, ist vor allem jungen Menschen selten bewusst.

34 Prozent der Jugendlichen werden innerhalb eines Monats mit Fake News konfrontiert

Doch wenn die Unterscheidung von Fakten und Fakes schon für Erwachsene eine Herausforderung darstellt, wie ergeht es dann unseren Kindern? Die aktuelle JIM-Studie zeigt, dass 34 Prozent der Jugendlichen innerhalb eines Monats mit Fake News konfrontiert werden (JIM-Studie 2020, S. 62). Das entspricht jedem Dritten Jugendlichen – eine gewaltige Zahl. Der richtige Umgang mit Quellen und Informationen will gelernt sein. Das Vermitteln digitaler Recherchekompetenzen von Eltern und der Schule ist dafür elementar wichtig. Denn nur wer ausreichend informiert ist, kann sich aktiv an demokratischen Prozessen beteiligen. Häufig werden Fake News ganz bewusst von politischen Akteuren eingesetzt, um radikalere politische Meinungen zu verbreiten und zu normalisieren.

Praxis-Tipp: Wie können Eltern ihre Kinder für Fake News sensibilisieren?

Auch Eltern können ihre Kinder dabei unterstützen, Recherchekompetenzen aufzubauen. Der Spaß muss dabei nicht auf der Strecke bleiben. Man kann das Internet gemeinsam spielerisch entdecken, sich ausprobieren und dadurch gemeinsam ins Gespräch kommen.



Dabei sollten auch medienfreie Zeiten und Raum für gemeinsame Mediennutzung berücksichtigt werden. Sprechen Sie in diesem Zusammenhang auch über ein angemessenes Verhalten im Internet – auch anderen Mitschüler*innen gegenüber. Stellen Sie je nach Alter gegebenenfalls auch gemeinsam Apps ein und sprechen Sie über einen passenden Umgang mit persönlichen Daten im Internet. Es gibt viele tolle Sachen, die man im Internet entdecken und ausprobieren kann, gleichzeitig gibt es aber auch Gefahren. Sprechen Sie gemeinsam über Verantwortung, Pflichten und Rechte im Netz. Und ganz wichtig: Stärken Sie Ihr Kind in seinem Selbstbewusstsein!

Unterstützen Sie Ihr Kind bei der Sicherung von Beweisen und beim Blockieren von Mobbern. Und scheuen Sie sich im Notfall nicht davor, sich an die Polizei zu wenden.

Fake News: Fakt oder Fake?

Neben Cybermobbing gibt es ein weiteres großes Online-Thema mit Konfliktpotenzial für Familien und Schulen im Umgang mit Jugendlichen: Was ist real und was ist fake, was ich online sehe? Fake News, Fake-Profile, Deep Fakes – diese Begriffe sind Ihnen im Rahmen der Medienberichterstattung sicher schon einmal begegnet. Manche vielleicht häufiger als andere. Das Fälschen von Informationen, Bildern, Videos oder ganzen Profilen im Internet ist

Gerade mit jüngeren Kindern bietet es sich an, zunächst kindgerechte Suchmaschinen zu nutzen und über die angezeigten Suchergebnisse und Informationen zu sprechen. Beispielhaft zu nennen sind www.blinde-kuh.de oder das Kinderlexikon www.klexikon.zum.de. Darüber kann dann die Brücke zur verbreitetsten Suchmaschine, nämlich Google, geschlagen werden. Googeln Sie

schen und gemeinsam zu lernen. Dabei sollten Sie natürlich nicht vergessen, selbst kritisch zu bleiben, gerade wenn Sie mit Ihren Kindern über Beiträge oder Themen sprechen und Ihr Wissen teilen. Passend dazu empfehlen wir Ihnen einen Blick in die Familien-Checkliste von klicksafe zu werfen.

Themen wie Fake News brauchen mehr Raum in der Schule



gemeinsam und überlegen Sie sich, ob die angezeigten Seiten einen seriösen Eindruck machen oder nicht. Bei jüngeren Kindern kann man das gut in einem Detektiv-Spiel verpacken (Ein Beispiel hierzu von klicksafe). Jugendlichen können Sie auch gleich konkrete Recherchetipps mit an die Hand geben:

- **Hinweise erkennen:** reißerische Formulierungen, viele fett gedruckte und groß geschriebene Wörter oder schockierende Bilder
- **Recherchieren:** Die Online-Dienste Mimikama und Correctiv sowie der Faktenfinder der Tagesschau decken aktuelle Falschmeldungen und Verschwörungstheorien auf.
- **Quellen einschätzen:** Wer steht hinter einer Information? Auf deutschen Webseiten muss ein Impressum zu finden sein, in dem der Name der Betreiber*innen steht.
- **Bilder überprüfen:** Mit der Browser-Erweiterung RevEye Reverse Image Search für Firefox und Chrome kann man mit Rechtsklick auf ein Bild dessen Herkunft überprüfen.

Schauen Sie sich außerdem gemeinsam spannende Filme oder Reportagen zu aktuellen politischen Vorkommnissen an, um die Hintergründe und Auswirkungen zu verstehen. Es geht vor allem darum, sich mit Ihrem Kind auszutau-

Im direkten Austausch zwischen Lehrkraft und Schüler*in lässt sich am besten herausfinden, welche Themen junge Menschen aktuell beschäftigen und an welchen Stellen sie Unterstützung benötigen. Doch oft ist dafür keine Zeit im Stundenplan vorgesehen. Damit Lehrkräfte die digitalen Recherchekompetenzen ihrer Schüler*innen aktiv fördern können, brauchen sie aber Raum für Themen wie „Fake News im Internet“. Vera Borngässer, Medienpädagogin bei den Digitalen Helden, erläutert: „Im direkten Gespräch findet man den Wissenstand der Jugendlichen heraus und kann auf Gefahren hinweisen.“

Kostenfreier Online-Kurs „Fake-Profile und radikale Meinung im Netz“

Meist bewegen Jugendliche sich schon sehr selbstständig im digitalen Raum; häufig fehlt es jedoch an Kompetenzen, um Fake-Profile zu erkennen. Denn das ist gar nicht so einfach! Die *Digitalen Helden* bieten zu diesem Thema einen kostenfreien

Online-Kurs an, den Lehrkräfte in mehreren Doppelstunden einsetzen können. Darin erfahren die Schüler*innen wie Extremist*innen Algorithmen, Social Bots und Fake-Profile für sich nutzen und somit radikale Meinungen verstärken. In professionellen Videos, Arbeitsblättern und Wissensquizen wird den Schüler*innen beigebracht, wie sie Falschmeldungen erkennen und enttarnen. Zum Kurs „Fake-Profile und radikale Meinung im Netz“ geht es hier: <https://akademie.digitalerhelden.de/online-kurse/fake-profile-ankuendigung/>

*Medienpädagogischer Forschungsverbund Südwest (mpfs) (Hrsg): JIM-Studie 2020. Jugend, Information, Medien. Basisuntersuchung zum Medienumgang 12- bis 19-Jähriger. Im Internet: https://www.mpfs.de/fileadmin/files/Studien/JIM/2020/JIM-Studie2020_web_final.pdf

Kostenfreie Webinare für Eltern und Lehrkräfte

Neben dem Mentorenprogramm bieten die Digitalen Helden auch medienpädagogische Angebote für Eltern und Lehrkräfte. In kostenfreien Webinaren informieren die Digitalen Helden regelmäßig über die altersgerechte Nutzung von Apps und Smartphones im Allgemeinen. Anstehende Webinare finden Sie hier in der Übersicht: <https://digitale-helden.de/angebote/webinare/>

Bildnachweis:
Digitale Helden gGmbH



Hasskommentare melden

In Hessen gibt es zwei Wege
Hasskommentare zu melden:

Auf der Plattform *Hessen gegen Hetze* können Hasskommentare gemeldet werden. Die Plattform bietet unkomplizierte Unterstützung für Betroffene sowie effiziente Strafverfolgung durch bessere Beweissicherung. Hinweise werden ohne Umwege weitergeleitet.

Kontakt über das Meldeformular auf der Homepage

<https://hessengegenhetze.de>, per
Telefon (0611 353 99 77) oder
E-mail@hessengegenhetze.de

Mit der App *MeldeHelden* bietet der Präventionsrat (<https://landespraeventionsrat.hessen.de>) den Bürger*innen ein niedrigschwelliges Angebot, um Hasskommentare schnell und einfach zu melden. Damit erhalten die Bürger*innen eine weitere Möglichkeit, um auf auffällige – vor allem auf strafbare – Inhalte hinzuweisen.

Kontakt: Landespräventionsrat,
Telefon: 0611 32 142 709,
Fax 0611 - 32 714 2619,
E-Mail: landespraeventionsrat@hmdj.hessen.de,

Professionelle Hilfe: Beratungsnetzwerk Hessen

Das „*Beratungsnetzwerk Hessen – gemeinsam für Demokratie und gegen Rechtsextremismus*“ bietet ein umfangreiches Angebot um demokratische Strukturen zu stärken, Rechtsextremismus, Antisemitismus, Rassismus oder militantem Islamismus vorzubeugen sowie Betroffenen konkret und professionell zu helfen. Die Teams beraten Schulen, Eltern und Familienangehörige, Kommunen, Vereine und weitere Hilfesuchende und bieten Präventionsmaßnahmen an.
Kontakt: Beratungsnetzwerk Hessen, Telefon: 06421-28 21 11 0,
E-Mail: kontakt@beratungsnetzwerk-hessen.de
www.beratungsnetzwerk-hessen.de

#everynamecounts – mitmachen!

#everynamecounts ist eine Initiative der Arolsen Archives mit dem Ziel den Verfolgten des Nationalsozialismus ein digitales Denkmal zu errichten. Damit auch zukünftige Generationen sich an die Namen und Identitäten der Opfer erinnern können. Es geht zudem um unsere heutige Gesellschaft. Denn der Blick zurück zeigt uns, wohin Diskriminierung, Rassismus und Antisemitismus führen.
<https://www.enc.arolsen-archives.de>

121 krisenerprobte Konzepte

Vor zwölf Monaten mussten bundesweit die Schulen und Kitas schließen. Seither arbeiten, lernen und lehren alle Beteiligten an der Belastungsgrenze. Wir sehen aber auch: Not macht erfinderisch und nicht selten bringen große Herausforderungen innovative Lösungen hervor. Das Deutsche Schulportal präsentiert 121 krisenerprobte Konzepte von Schulen aller Schularten, die im vergangenen Jahr entwickelt oder maßgeblich weiterentwickelt wurden. Von der Intensivierung pädagogischer Beziehungen über die Förderung des selbstorganisierten Lernens bis hin zum Ausbau tragfähiger Netzwerke im Sozialraum – Lassen Sie sich inspirieren! Diese Beispiele machen Mut und zeigen, was Schulgemeinschaften im vergangenen Jahr geleistet haben.
www.deutsches-schulportal.de

Der Digitale Familientalk geht weiter!

Die Landesmedienanstalt Hessen und das Institut für Medienpädagogik und Kommunikation bieten einen digitalen Familientalk an, immer am ersten Donnerstag im Monat ONLINE um 19 Uhr. Die Teilnahme ist kostenlos und einfach:
<https://bbb2.ccita.de/b/pet-p39-w4m>.

Die nächsten Termine:

1.07.2021: Von Yakari zu Julien Bam und BibisBeautyPalace
2.09.2021: Seit Corona und in den Sommerferien erst recht! – Problematischer Medienkonsum
7.10.2021: Wir wollen unser Kind doch nur schützen! - Cybermobbing
4.11.2021: Wir wollen unser Kind so gut es geht unterstützen! - Elterninitiativen
2.12.2021: Weihnachtsspecial. Welche Geräte bringt der Nikolaus in den anderen Familien? Weitere Informationen unter www.muk-hessen.de.

Kinderrechte ins Grundgesetz – aber richtig!

Ende Januar 2021 stellte die Bundesregierung ihren Entwurf für die Änderung des Grundgesetzes zur ausdrücklichen Verankerung der Kinderrechte vor.

Das *Aktionsbündnis Kinderrechte* (Deutsches Kinderhilfswerk, der Kinderschutzbund, UNICEF Deutschland, in Kooperation mit der Deutschen Liga für das Kind) hält den Vorschlag, wie er nun auf dem Tisch liegt, allerdings für unzureichend. Dies betrifft beispielsweise die Formulierungen zum Kindeswohl sowie zum Recht des Kindes auf Beteiligung, die hinter der UN-Kinderrechtskonvention und auch hinter der geltenden Rechtsprechung des Bundesverfassungsgerichts zurückbleiben. Gerade in der aktuellen Covid-19-Pandemie hat sich gezeigt, dass die Rechte und Belange von Kindern und Jugendlichen zu oft übersehen werden.

<https://kinderrechte-ins-grundgesetz.de/2020/11/26/aktionsbundes-kinderrechte-kritisiert-tatenlosigkeit-der-bundesregierung/>

Wir über uns

Der elternbund hessen e.V. wurde im Jahr 1979 als Zusammenschluss reformorientierter Eltern in Hessen gegründet. Wir setzen uns ein für eine humane Schule, in der Kinder miteinander und voneinander lernen und in der jedes Kind seine individuellen Fähigkeiten entwickeln kann.

Schule heute ist oftmals kompliziert

Eingangsstufe, Vorlaufkurse, Zentralabitur, G8, Querversetzung – wer soll sich da noch auskennen? Schule heute ist eine eigene Welt, in der sich nicht nur Schüler*innen, sondern auch viele Eltern rasch überfordert fühlen können. Dabei ist eine gute Ausbildung für die Zukunft unserer Kinder wichtiger denn je. Doch die Anforderungen an die Schüler*innen steigen stetig und mit ihnen die Konflikte in der Familie und an der Schule.

Eltern haben Rechte!

In Art. 56, Abs. 6 in der Hessischen Verfassung steht klar und deutlich: Eltern haben „das Recht, die Gestaltung des Unterrichtswesens mitzubestimmen“. Das bedeutet: Eltern dürfen sich einmischen, Althergebrachtes anzweifeln und Neues ausprobieren. Dabei werden sie vom elternbund hessen unterstützt.

Eltern dürfen und sollen fragen, sich informieren, mitdenken, mitwirken und auch mitentscheiden – für ihr eigenes Kind und für die gesamte Schule. Eltern haben Recht

auf umfassende Informationen und auf Beratung durch die Schulen und Schulämter.

Wir zeigen Ihnen Ihre Rechte. Wir helfen Eltern bei Fragen und Problemen in der Schule. Wir geben Hilfestellungen in Konfliktsituationen. Wir unterstützen gewählte Elternvertreter*innen bei ihrer Arbeit. Wir beteiligen uns bei Aufbau und Weiterentwicklung der Elternarbeit an der Schule.

Wir kämpfen für eine gute Schule

Der elternbund hessen setzt sich für eine demokratische, soziale und zukunftsfähige Schulkultur ein, in der das Kind im Mittelpunkt steht. Zukunftsfähig bedeutet, „länger gemeinsam lernen“ in Ganztagschulen, die alle Schüler*innen mitnehmen, fördern und fordern.

Der elternbund hessen betreibt politische Lobbyarbeit für alle Eltern in Hessen und Politikberatung, mischt sich kritisch in die hessische Schulpolitik ein und wirkt aktiv in bildungspolitischen Gremien und Institutionen mit. Er nimmt an öffentlichen Diskussionen teil und betreibt Pressearbeit.

Was bietet der elternbund hessen?

- Information und Beratung in allen schulischen Angelegenheiten
 - Unterstützung für Elternvertreter*innen
 - Informationen zu Schulsystem und Bildungspolitik
 - Interessensvertretung von Eltern, politische Lobbyarbeit
 - Broschüren, z. B. die ebh-Ratgeber
 - unsere Mitgliederzeitschrift, den ebh-elternbrief
 - das ebh-Elterntelefon: **069 553879** oder info@elternbund-hessen.de
 - Informationen auf unserer Homepage: www.elternbund-hessen.de
- ...und in Kooperation mit unseren Partnern:**
- Vermittlung von Referent*innen.
 - Seminare zum Elternrecht.

Werden Sie Mitglied. Das bringt Ihnen viele Vorteile und Hilfen bei Ihrer Elternarbeit. Es lohnt sich.

Der elternbund hessen e. V. ist ein gemeinnütziger Verein von Eltern für Eltern und finanziert sich ausschließlich über Mitgliedsbeiträge und Spenden.

Spendenkonto: IBAN DE45 500100600415730604
Beitrittsformular über www.elternbund.hessen.de

Die Elternratgeber des elternbund hessen ebh

mitdenken · mitwirken · mitentscheiden



ebh-Elternratgeber

Der Klassenelternbeirat

Aus dem Inhalt:

- Zusammenarbeit von Eltern und Schule
- Klassenelternbeirat, Wahlen, Aufgaben und Rechte
- Elternabende: Vorbereitung, Durchführung, bes. Themen

36 Seiten; DIN A4, Einzelpreis 4,50 Euro zzgl. Versandkosten



ebh-Elternratgeber

Der Schulelternbeirat

Die Kreis- und Stadtelternbeiräte Der Landeselternbeirat

Aus dem Inhalt:

- Schulelternbeirat, Aufgaben und Rechte
- Zusammenarbeit mit Schulleitung, Kollegium und Förderverein
- Aufgaben von Kreis-, Stadt- und Landeselternbeirat

44 Seiten; DIN A4, Einzelpreis 6,00 Euro zzgl. Versandkosten



ebh-Elternratgeber

Die Schulkonferenz

Aus dem Inhalt:

- Aufgaben der Schulkonferenz
- Wahl der Mitglieder, Sitzungen, Anträge und Protokoll
- Zusammenarbeit mit Schulelternbeirat und Gesamtkonferenz

44 Seiten; DIN A4, Einzelpreis 6,00 Euro zzgl. Versandkosten



ebh-Elternratgeber

Unser Kind kommt in die Schule

Ein ABC zum Schulanfang

Aus dem Inhalt:

- viele Begriffe aus dem Schulalltag
- von A wie Anfang
- bis Z wie Zeugnisse

20 Seiten; DIN A4, Einzelpreis 2,50 Euro zzgl. Versandkosten



ebh-Elternratgeber

Welche Schule für mein Kind?

Aus dem Inhalt:

- Grundschulempfehlung und Elternentscheidung
- Verfahren der Anmeldung
- Bildungsgänge, Schulformen, Schulabschlüsse

32 Seiten; DIN A4, Einzelpreis 3,50 Euro zzgl. Versandkosten



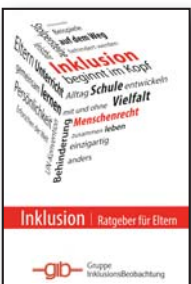
ebh-Elternratgeber

Gesamtschule 4 Jahre Grundschule 6 Jahre Gesamtschule

Aus dem Inhalt:

- was ist eine Integrierte Gesamtschule (IGS)
- die Stärken der IGS
- alle Schulabschlüsse
- Entscheidungshilfen für Eltern

In Zusammenarbeit mit der GGG Hessen
12 Seiten; DIN A5, kostenlos



ebh-Elternratgeber

Inklusion

Aus dem Inhalt:

- rechtliche Grundlagen
- Berichte aus inklusiven Schulen
- Hilfe für Eltern

In Zusammenarbeit mit der Gruppe Inklusionsbeobachtung (GIB) Hessen

62 Seiten; DIN A4,

Nur als kostenloser Download:
www.elternbund-hessen.de



ebh-Elternratgeber

10 Jahre Inklusion

Eine kritische Bilanz

aus der Sicht von:

- Schülerinnen und Schülern
- Eltern
- Lehrkräften und Schulleitung

In Zusammenarbeit mit der Gruppe Inklusionsbeobachtung (GIB) Hessen

56 Seiten; DIN A4,

Nur als kostenloser Download:
www.elternbund-hessen.de



ebh-Elternratgeber

Pädagogische und Ordnungsmaßnahmen

Aus dem Inhalt:

- Pädagogische Maßnahmen
- Ordnungsmaßnahmen
- Beschwerden und Widerspruch

20 Seiten; DIN A4, Einzelpreis 2,50 Euro zzgl. Versandkosten

Bestellungen per Post, Telefon, Fax oder E-Mail an

elternbund hessen e. V. · Oeder Weg 56 · 60318 Frankfurt am Main

Tel.: 069 553879 · Fax: 069 5962695 · E-Mail: info@elternbund-hessen.de

Downloads und kostenlose Leseproben auf unserer Homepage www.elternbund-hessen.de